

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Er scheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3220.

Herausgeber: B. Große in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Köster, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: F. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Wisnardsstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 S.
Bergnügungs-Anzeigen 15 S., Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 S. pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Gedenket der 900 Ausständigen in Schmölln!

Inhalt: Zum Knopfarbeiterausstand in Schmölln. — Nochmals zur Arbeitslosen-Unterstützung. — Zentralisation oder Dezentralisation. — Unsere Presse. — Ueber die Bürstenindustrie Amerikas. — Eine Untersuchung über Hand- und Maschinenbetrieb. — Sozialpolitische Rundschau. — Korrespondenzen. — Eingefandt. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Gerichts Chronik. — Technisches. — Literarisches. — Briefkasten. — Zentral-Kranken- und Sterbetafeln der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. — Anzeigen.

Lohnbewegung.

Zugung ist fernzuhalten: Von Tischlern nach **Varel** (Tietjen's Werkstat), **Rohrbach** bei St. Ingbert (Wagner's Werkstat) und **Bunzlau i. Schl.** (Kählisch's Werkstat); von Bildhauern und Kehlern nach **Lauterberg** (Hillegeist); von Drechsler nach **Lübken** (P. Lindemann) und **Selmstedt** (Saalfeld'sche Tischfabrik); von Steinnuß- und Hornknopf-Drechsler nach **Schmölln in S.-A.**; von Bürstenmachern nach **Hamburg** (Steidtmann & Nagel).

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Ausbesserung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Zum Knopfarbeiterausstand in Schmölln.

Unseren Lesern sind die Gründe, welche zu demselben führten, bekannt. Er entsprang einer Lohnreduzierung in der Fabrik von Leupold & Co., die aber infolge des Zusammenhaltens der Arbeiter nach einem Tage zurückgezogen wurde. Nachdem die Arbeiter, durch den schnellen Erfolg ermutigt, in sechs weiteren Fabriken eine Ausbesserung der Akkordpreise forderten, beschloßen sämtliche 16 Knopffabrikanten, einen Einheitstarif festzusetzen, der, wenn er von den Arbeitern akzeptirt worden wäre, eine Lohnreduzierung bis zu 30 pZt. bedeutet hätte. Daß sich die Arbeiter gegen eine solche Zumuthung ganz entschieden wehrten, ist so selbstverständlich, daß es fast überflüssig erscheint, dies hier noch besonders hervorzuheben.

Wird doch diese Thatsache und die Nothlage der Schmöllner Knopfarbeiter auch von den Arbeitern der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine anerkannt. So steht in Nr. 31 vom 3. August v. J. im „Gewerkverein“ ein Bericht aus Schmölln, der zugiebt, daß die Löhne so gedrückt sind, daß es kaum möglich sei, 6—9 Mark die Woche zu verdienen, und dieser Verdienst nicht ausreicht, nur die nothwendigsten Bedürfnisse zu bestreiten, und wenn dann trotzdem die Löhne noch mehr gekürzt würden, so finde man für solche Handlungsweise keine Bezeichnung. Das ist vollkommen richtig.

Wenn die niederen Löhne, die bisher gezahlt, als unzureichend anerkannt wurden, wenn ferner geklagt wird, daß sich die Arbeiter weitere Reduzierungen ruhig gefallen lassen müssen, weil sie machtlos seien, und die Fabrikanten sehr gut wissen, daß die Arbeiter in ihrer Zersplitterung keinen Widerstand leisten können, so erscheint es unbegreiflich, daß trotzdem ein Ansturm gegen weitere Verschlechterung der Lage der Knopfarbeiter unternommen wurde, daß es die Anhänger des Berichtschreibers sind, die für die reduzirten Akkordpreise weiter arbeiten und Streikbrecher werden. Geradezu rührend ist der Ausruf desselben, der, nachdem vorher lebhaft bedauert wird, daß sich einige Arbeiter in ihrem Jammer der Sozialdemokratie zuwenden, deren Lehre durchgängig verderblich und für die natürliche Entwicklung ein Hinderniß sei, wörtlich mit folgt lautet:

Also, Arbeitsgenossen von Schmölln, verlassen wir uns nicht auf ein Wohlthunersheim, denn es giebt bessere und näherliegende Hilfe, Ihr müßt nur den guten Willen haben, sie Euch dienlich zu machen. Arbeitsgenossen, macht Euch frei von dem Wahne, daß die Sozialdemokratie es ist, die allein dem Arbeiter helfen kann, denkt selbst einmal richtig darüber nach, ob Ihr in der jetzigen Lage nicht besser daran wäret, wenn Ihr unserem Gewerkverein angehörtet, Ihr könnt Euch darauf verlassen, es wäre für uns Alle besser. Denn wenn sämtliche Arbeiter hiesiger Industrie organisiert wären und einer Organisation angehörtet, die auf so festem Grundfundament steht wie die unsrige, dann hätten die Fabrikanten nicht solch leichtes Spiel, die Löhne zu drücken. Arbeitsgenossen, nehmt ein Exempel an der jetzigen Zeit, jezt noch ist es nicht zu spät, laßt Euch nicht von dem politischen Haber betäuben, schließt Euch lieber einer Organisation an, die es sich zur ersten Pflicht macht, die Arbeiter erst wirtschaftlich besser zu stellen und sie vor Noth und Sorgen zu schützen, statt die sauer verdienten Groschen der Politikspielerei zu opfern. Denken wir daran, daß unser Heil in unseren eigenen Händen ruht, so wie wir uns selbst unsere Verhältnisse gestalten, so werden sie sein.

Die gute Absicht des Schreibers, alle Arbeitsgenossen zum Anschluß an eine Organisation zu bewegen, sei unsererseits rühmlichst anerkannt, wir halten es für besser, einer als gar keiner Organisation anzugehören, um wenigstens einigermaßen dem Druck der Fabrikanten widerstehen zu können, welche Eigenschaft wir freilich den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen nicht zuschreiben, uns vielmehr der Ansicht eines ihrer Gönner, des Professor H. Hertner anschließen, der in seiner „Arbeiterfrage“ Seite 109 wörtlich sagt, daß die Gewerksvereine „die Initiative im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen vernachlässigt haben,“ und wir fügen hinzu, in letzter Zeit bemüht waren, sich zu Streikbrecherorganisationen auszubilden.

Daß die Schmöllner Knopfarbeiter besser zu beurtheilen verstehen, welche Organisation für sie die beste, die wirklich ihre Interessen zu wahren im Stande ist, beweist der Ausstand, an welchem nur za. 40 Gewerksvereinsmitglieder theilgenommen sind, alle übrigen Knopfarbeiter sich aber der Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes angeschlossen haben, deren Zahl jezt über 1200 beträgt.

Es sei ferne von uns, auf diejenigen Mitglieder des Gewerksvereins, welche an ihren Berufskollegen leider zu Verräthern wurden, einen Stein zu werfen, wir wissen nur zu gut, daß Solidarität und Treue Tugenden sind, die in den Reihen der Hirsch-Dunder'schen mit der Laterne gesucht werden müssen, und zwar deshalb, weil den Mitgliedern von oben herab nach dieser Richtung zu schlechte Beispiele gegeben werden. Das lehrte der Streik in der Waggonfabrik in Güstrow, wo es die Redaktion des „Regulator“ war, die der ehrlosen Verrätherei der Arbeitersache geradezu Vorstoß leistete. Sie sah darin, daß fünf geachtete, hochgeachtete Güstrower Bürger in einem Auftrufe sich bereit erklärten, für die Beilegung des Ausstandes einzutreten, da derselbe nach ihrer Ansicht vom Direktor der Waggonfabrik provozirt war, ein Unrecht, und empfahl den Mitgliedern des Gewerksvereins, weiter zu arbeiten. Der „Regulator“ schloß daraus, daß die fünf Bürger sich auf Seite der Arbeiter stellten, müsse dem „armen“ Direktor Unrecht geschehen sein, denn die Herren hätten ihn nicht gehört und nicht befragt über die Gründe, die zum Ausstand führten, und aus diesem Grunde „müsse schon das natürliche Rechtsgefühl im Menschen ihn bewegen, sich auf die Seite des ungehörig Verurtheilten zu stellen.“ Die Hirsch-Dunder'schen Mitglieder sollten das gethane „Unrecht“ wieder gut machen und Streikbrecher werden.

Wie in Güstrow, so in Schmölln. In Nr. 4 und 5 des „Gewerkverein“ wird auf den in Schmölln ausgebrochenen partiellen Streik hingewiesen und vor Zugung gewarnt. In Nr. 8 vom 8. März findet sich ein Bericht des Vorsitzenden des Ortsvereins der Tischler in Schmölln, der die Zustände analog schildert, wie dies auch in der „Holzarbeiterzeitung“ geschah, und sagt am Schlusse: „Wir glauben kaum, daß es noch ähnliche Fälle geben kann, wo die Arbeiter so viel für nichts und wieder nichts arbeiten müssen, damit sich die Taschen der Unternehmer doppelt füllen. Darum Arbeiter, die Ihr einer Organisation noch fernsteht, rufen wir Euch zu: schließt Euch einer Organisation an, die Eure Interessen wahrnimmt, Euch schützt und stützt!“ Die Arbeiter Schmöllns sind diesem Rufe gefolgt. Einig in der Ansicht, daß es nicht möglich sei, bei den so reduzirten Akkordpreisen sich und ihre Familien zu ernähren, einig darin, daß, wenn sie sich dem Druck der Fabrikanten fügten und für den Einheitstarif arbeiten würden, dieselben sehr bald mit einer weiteren Preisreduzierung hervortreten dürften, und sie dann um so sicherer dem größten Elend trotz der aufreibendsten Arbeit überliefern und dem Verkommen nahe wären, einig darin, daß der Moment gekommen sei, wo sie sich mit ihren Arbeitsgenossen solidarisch zu erklären haben, um die elende Zumuthung der Fabrikanten entschieden zurückzuweisen, — und was geschieht? Die Zentralleitung der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine ist anderer Meinung über die Nothlage und über das Solidaritätsgefühl der Arbeiter untereinander; sie erinnert sich, daß die Gewerksvereine keine Kampf- oder Trugvereine dem Unternehmertum gegenüber sind, sondern ihre Aufgabe nur darin besteht, in trauter Harmonie mit demselben dahin zu wirken, daß den Arbeitern ohne Widerstand das Fell über die Ohren gezogen werde; und zu diesem Zwecke sendet sie das Zentralrathsmitglied R. Bahlke aus Berlin, der, wie unsere Leser in voriger Nummer gefunden haben werden, seine Rolle als Harmonieapostel ganz vortrefflich gespielt hat, indem er die Mitglieder einfach zur Arbeit kommandirte.

Wenn Herr Bahlke dies auch in einer Berichtigung, die er auf Grund des § 11 des Preßgesetzes im „Vorwärts“ fordert, bestreitet, so beweisen uns die mitgetheilten Thatsachen in dem Originalberichte unserer vorigen Nummer das Gegentheil. Von Zugeständnissen seitens der Fabrikanten ist keine Rede, es sei denn, der Harmonieapostel hätte solche darin gefunden, daß Herr Kommerzienrath Donath nicht abgeneigt sei, später hier und da etwas, 1/2—1 Pfennig zuzulegen; sonst ist von nichts die Rede, weder von Wiedereinstellung der Arbeiter, noch von Zurückziehung des Einheitstariß.

Der Abgeordnete des Zentralraths in Berlin glaubte, „der Holzarbeiterverband müsse ja doch zu Kreuze kriechen und es sei besser, dies jezt zu thun, als später.“ Deshalb gab er Befehl, die Leute seines Gewerksvereins sollten an die Arbeit gehen. — Sie thaten es, doch nur wenige Stunden, und das Ehr- und Solidaritätsgefühl sagte, sie wollten nicht zu Verräthern an ihre Leidensgenossen werden und schloßen sich denselben wieder an; lehrten aber auch zugleich dem Gewerkverein den Rücken, dessen Zentralrath sie zu der feigen Unterwerfung und zum Verrath an ihren Brüdern gezwungen hatte.

Kollegen Deutschlands, jezt ruft auch Ihr, daß Euch Solidaritätsgefühl unermüdet beweist durch thatkräftige Unterstützung, daß die Unterwerfung der

um ihre Existenz ringenden Kollegen und Kolleginnen nicht wollt, daß sie vielmehr in den Stand gesetzt werden, auszuhalten und nicht zu Kreuze zu kriechen brauchen. Es ist schwer, jede Woche 8—10000 Mark für die Ausständigen aufzubringen, aber es muß sein, und darum ist es Ehrenpflicht jedes Kollegen, sein Möglichstes zu thun, um den Bedrängten zum Siege zu verhelfen. Der Holzarbeiterverband zählt gegenwärtig an 27 000 Mitglieder, rechnet man von diesen 10 000 Arbeitslose ab, bleiben noch über 16 000, wenn nun jeder dieser Kollegen es sich zur Pflicht machte, nur 3—4 Wochen hindurch jede Woche 50 Pf. zu zahlen, so wären die Mittel zusammen, und das Unternehmertum würde, ob wohl oder übel, einsehend, daß die Arbeiter infolge genügender Unterstützung nicht gewillt sind, die Waffen zu strecken, den Einheitsstarif zurückziehen und die Forderungen der Arbeiter bewilligen müssen.

Daß dies geschehe, Kollegen, liegt in Eurer Hand; in Eurer Macht liegt es, dem profithungrigen Unternehmertum zu zeigen, daß die Arbeiter nicht nur allein dazu da sind, um ihm Schätze zusammenzutragen, sondern auch ein Recht haben, zu verlangen, bei angestrengtester Arbeit so viel verdienen zu müssen, um mit Weib und Kind nicht dem Hunger überantwortet zu werden.

Und das ist es, was unsere Schmöllner Kollegen und Kolleginnen fordern. Sie kämpfen nicht für ein Leben, das werth ist, um gelebt zu werden, nein, sie kämpfen gegen den Hungertod. Und da solltet Ihr, Kollegen, ruhig zusehen wollen, wie sie elend zu Grunde gehen? Das könnt und dürft Ihr nicht wollen, und hoffen wir deshalb, daß Jeder seine Schuldigkeit thut und die Ausständigen so viel nur möglich moralisch und materiell unterstützt.

An diese richten wir die dringliche Mahnung, sich von keiner Seite zu Ungehörlichkeiten provozieren zu lassen, einig und treu zusammenzuhalten und in aller Ruhe und Würde die Entscheidung abzuwarten.

Die deutschen Kollegen werden es für ihre Ehrenpflicht halten, ihnen, wie wir hoffen, in ihrem gerechten Kampfe nach besten Kräften beizustehen.

Wohin zur Arbeitslosen-Unterstützung.

1. Unsere Erwartung, daß der bevorstehende Verbandstag sich infolge vielseitiger Anregungen mit der Beratung der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu befassen haben dürfte, ist durch die nunmehr veröffentlichten Anträge bestätigt worden. Die Anregungen sind aus großen, wie aus kleinen und mittleren Orten gekommen und sie wären vielleicht noch zahlreicher gekommen, wenn nicht manche Pforten in der Erwartung, daß die Frage ohnedies zur Verhandlung kommen müsse, ihre Stellungnahme sich vorbehalten hätten, während andere, in denen die gleichen Wünsche rege sind, infolge der Erkenntnis der Hoffnungslosigkeit derselben von dahingehenden Anträgen Abstand nahmen. Wenigstens haben sich nur wenige Pforten und, wie uns erinnerlich, nur eine Bezirkskonferenz gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen.

Das besagt zwar noch keineswegs, daß alle übrigen ihr Sympathie entgegenbrachten, aber immerhin sind die Freunde dieser Unterstützung ziemlich verbreitet und es sind zweifellos sehr Viele darunter, die man nicht ohne Weiteres als „bloße Rassenrenner“ oder „Unterstützungsdereiner“ bezeichnen kann, die vielmehr in dieser Unterstützung ein wichtiges, zeitgemäßes Kampfmittel der Gewerkschaften erblicken, das namentlich in kritischen Perioden die Reihen der Kämpfer zusammenhält, und ihre Einführung, die Möglichkeit derselben vorausgesetzt, auch mit höchsten Gründen verteidigen würden. Ob freilich die gestellten Anträge von solcher Erkenntnis ausgehen, muß dahingestellt bleiben; denn da der Verband die Mittel zu dieser Unterstützung nicht aus dem Kern der Mittel kann, so hätte als notwendiges Korrelat zu diesen Forderungen die Erhöhung des Wochenbeitrags beantragt werden müssen, eine Konsequenz, die nur von einer Filiale erkannt worden ist. Denn die völlig unzureichende Erhöhung des Wochenbeitrags auf 20 M dürfte als Beschränkung dieser Konsequenz kaum zu betrachten sein.

Da auch andererseits nicht der Versuch gemacht wird, die Einnahmen des Verbandes mit den beschriebenen erhöhten Ausgaben in Uebereinstimmung zu bringen, so haben wir es nicht mit den bloßen Wünschen zu thun, die sich dem Verband zu haben gleichen, wenn sie sich so unzureichend äußern, und die alles Weitere zu regeln dem Vorstand überlassen. Ja, ohne Zweifel sind eine Reihe dieser Anträge lediglich dem Wunsch entsprungen, den verheirateten Mitgliedern häufig auch einige Vorteile zu gewähren, nachdem bisher die Arbeitslosenunterstützung hauptsächlich den ledigen Mitgliedern zu Gute kam. In diesem Sinne sind vielleicht

auch die Anträge auf Einführung der Umzugsunterstützung aufzufassen, für welche ebenjowenig eine Deckung in den Verbandseinnahmen versucht wird.

So wenig sich nun auch gegen diese Idee ausgleichender Gerechtigkeit etwas einwenden läßt, so verliert sie doch den festen Boden, wenn sie die Mittel zu ihrer Durchführung vergißt. Ohne erhöhte Mittel sind keine erhöhten Leistungen möglich, und wenn durch Verminderung gewisser Leistungen ein Mehr an Mitteln zu beschaffen wäre, so ist es gar keine Frage mehr, daß diese ersparten Mittel zu dringenderen Zwecken verwandt werden müssen.

Der Groll der „festhaften“ Kollegen richtet sich gegen die hohen Ausgaben für Reiseunterstützung, die allerdings in einem Quartal die enorme Höhe von 27,5 pZt. der Beitragseinnahmen, im ersten Verbandsjahr 22,7 pZt. der Beiträge erreicht haben. Die Unterstützung selbst kommt allerdings meist in die Hände der jungen, ledigen Mitglieder, aber verfehlt ist der Vorwurf, daß diese allein aus dem Verbande oder aus diesen Ausgaben des Verbandes Nutzen hätten. Die Reiseunterstützung ist eine Schutzmaßregel für die festhaften Arbeiter, und sie wurde früher nie anders, als in dieser Wirksamkeit betrachtet; wo sie noch nicht zentralisiert war, wurde sie lokal eingeführt, um dem „Umschauen“ der Zureisenden in den Werkstätten entgegen zu wirken. Man hätte sie auch eine „lokale Schubsteuer“ taufen können, und die örtlichen Ausgaben für diese Unterstützung waren öfters sehr hoch, höher wie jetzt. Mancher Kollege hat mehr wie 50 M in einem Quartal für diese Unterstützung bezahlt. Erst seit die Reiseunterstützung zentralisiert ist, ergiebt sich ein Ueberblick über die dafür aufgewendeten Mittel, und daß sie seit diesem Zeitpunkte unverhältnißmäßig gestiegen wären, kann füglich nicht behauptet werden. Wenigstens ist der auf den einzelnen Empfänger entfallende Durchschnittsbetrag fast garnicht gestiegen, nur die Zahl der Unterstützten hat bedeutend zugenommen, ein Zuwachs, der dem der Reservearmee, die den Bestizstand der Arbeitenden immer mehr bedroht, entspricht. Diese Unterstützungssteuer für einen Theil der Arbeitslosen muß aufgebracht werden, um das Arbeitsangebot zu vermindern. Daß sie Denjenigen zu Gute kommt, die den Ort verlassen und auf der Landstraße ihr Heil suchen, ist nur gerecht. Würde die Reiseunterstützung in Wegfall gebracht werden, so hätten die Verheiratheten den größten Nachtheil davon, und sie wären die Ersten, welche sic am Orte unter Erlaß eines Umschauverbots wieder einführen würden.

Es ist also nicht angängig, auf Kosten der Reiseunterstützung eine Arbeitslosenunterstützung einzurichten, weil die Reiseunterstützung den Gewerkschaften unentbehrlich ist und ihre Zentralisation die denkbar billigste Form, zugleich auch die übersichtlichste, darstellt. Mag sie innerlich den jungen Kollegen Vortheile bieten; der Verband muß sich auf den jungen Nachwuchs stützen, er muß die jungen Leute heranziehen, so lange sie für unsere Kämpfe zu begeistern sind. Sollte er auch den Nachwuchs von sich stoßen, so würden andere Kreise denselben für arbeiterfeindliche Zwecke einfangen, und wenn diese Kollegen erst in's verächtliche Alter kommen, dann rufen wir sie umsonst, — dann erhalten wir als stereotype Antwort die Frage: Was bietet uns der Verband? Das ist die Konsequenz der ausgleichenden Gerechtigkeit, die nur an sich denkt und als das gerade Gegentheil der wahren Solidarität erscheint!

Wir hatten bei einer vorherigen Erörterung dieser Angelegenheit berechnet, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung den Holzarbeiterverband mit einer durchschnittlichen Mehrausgabe von M 8.— pro Mitglied und Jahr im Mindestmaß belasten würde. Wir erhielten dieses Resultat durch Prüfung der für gleichen Zweck verausgabten Beträge anderer Gewerkschaftsverbände, wobei der angenommene Satz nur dem Mittelmaß entsprach, obwohl die Holzarbeiter eher mit ungünstigeren, als mittleren Verhältnissen zu rechnen haben.

Wie zutreffend unsere Annahme ist, beweist das nunmehr veröffentlichte Ergebnis der statistischen Erhebungen des Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1893, dessen die Arbeitslosigkeit betreffenden Mittheilungen*) wir der aufmerksamsten Durchsicht aller Kollegen zum Studium der vorliegenden Frage empfehlen. Diese Erhebung, an der sich nahezu 20 000 Holzarbeiter beteiligten, kommt gleichfalls zu dem Resultat, daß auf jeden der beteiligten Holzarbeiter durchschnittlich 8,5 arbeitslose Tage im Jahr entfallen, sodas, wenn pro Tag M 1 Unterstützung gezahlt würde, der Jahresbeitrag um M 8½ erhöht werden müße. Und das betraf nur die Arbeitslosen, die am Orte verblieben sind, während auf die Arbeitslosigkeit auf der Reise nochmal 3,1 Tag pro Kopf entfallen. Und dabei darf

*) Die Lage der deutschen Holzarbeiter. Stuttgart 1896. Seite 25—28.

nicht übersehen werden, daß sich an diesen Erhebungen erfahrungsgemäß meist die bessergelohnten und günstiger gestellten Arbeiter beteiligten, während die wahrhaft miserablen Verhältnisse bei solchen Gelegenheiten selten an die Öffentlichkeit kommen. Wird aber Arbeitslosenunterstützung gezahlt, dann kommen sie heraus und sie dürften die Gesamtheit der Kollegen noch weit höher belasten, als mit den jetzt erlassenen 166 482 arbeitslosen Tagen, die auf zirka 19 800 Kollegen entfallen.

Was dagegen ist der Betrag von M 1,55 für Reiseunterstützung, den der Verband pro Mitglied im ersten Verbandsjahre verausgabte? Keine Frage, daß dieser Betrag für künftige Jahre reduziert werden kann und muß, — aber für die Arbeitslosenunterstützung ist damit nichts gerettet. Jeder Druck auf die Reiseunterstützung wird vielmehr die Arbeitslosennoth am Orte erhöhen, und was an der ersteren gespart würde, müßte 5- bis 6-fach für Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden.

Nun könnte allerdings eine Karenzzeit der Arbeitslosigkeit in Anrechnung gebracht werden, um deren Betrag sich die Zahl der arbeitslosen Tage ermäßigte, sodas also ein geringerer Durchschnittssatz zur Geltung käme. Willig darf diese Karenzzeit 6 Arbeitstage nicht übersteigen, wenn die Unterstützung, die ja an sich keine hohe sein kann, ihren Zweck erfüllen soll. Rechnen wir demnach für jeden der 4632 am Orte verbliebenen Arbeitslosen 6 nicht unterstützungsberechtigte Tage ab, so verblieben immer noch 143 690 Tage zu unterstützen, was einem Durchschnitt von 7½ Tag pro Beteiligten, also pro Mitglied, gleichkäme. Das wäre die Minimaldauer, die in Wirklichkeit zwar höher sich herausstellen wird, aber durch beschränkenden Einfluß wieder reduziert werden könnte, falls sie eine besondere Höhe erreicht.

Die Höhe der Beiträge ergiebt sich darnach von selbst aus dem Tagesatz, den man für die Arbeitslosen zu bestimmen geneigt ist. Schon der geringste Satz, den man aufstellen könnte, also 50 M pro Tag, ergäbe eine Mehrbelastung der Organisation mit M 3,63 pro Kopf, ein Betrag, der die Reiseunterstützung in ihrer höchsten Anschwellung noch hinter der Hälfte zurückläßt. Und welchem Verheiratheten, welchem Familienvater dürfte wohl mit 50 M pro Tag geholfen sein? Eine Erhöhung des Wochenbeitrages auf 20 M brächte dem Verbande selbst dann, wenn der jetzige Mitgliederbestand erhalten bliebe, nur einen Mehrbetrag von höchstens M 2,40 pro Kopf ein, der also für den gegebenen Zweck noch keineswegs genügt. Denn der Mantelbetrag von M 1,20 könnte weder an der Verwaltung, noch am Verbandsorgan, noch an der Reiseunterstützung erspart werden, noch an allen Ausgaben zusammen, denn auch die lokalen Fonds können so viel von ihrem Bestande nicht erübrigen, wenn nicht anderen Verbandszwecken alle Mittel entzogen werden sollen.

Um also eine Arbeitslosenunterstützung geringsten Umfangs, mit einem Unterstützungsbetrag von 50 M pro Tag einführen zu können, ist der geringste Beitragssatz 25 M pro Woche, der einem Jahresbeitrage von M 12 ½ Einnahme entsprechen würde. Aber diese allerniedrigste Arbeitslosenunterstützung würde schon 30 pZt. der Beitragseinnahmen verschlingen, während zu gleicher Zeit für die Reiseunterstützung nur M 1,20, also 10 pZt. zu erübrigen wären. Also dreimal so viel Arbeitslosenunterstützung, als Reiseunterstützung, und doch dabei nichts Ausreichendes!

Natürlich genügen 50 M pro Tag keineswegs; wenn einmal ein Schritt vorwärts gemacht wird, dann muß auch etwas Ordentliches geschaffen werden. Untersuchen wir also weiter. Bei einem Tagesatz von 75 M würde der Durchschnittsbetrag der Unterstützung M 5,43 erreichen, der mit 25 M Wochenbeitrag nicht mehr in Einklang zu bringen ist, weil dann für die übrigen Verbandszwecke noch weniger verbliebe, als der jetzige, schon an sich unzureichende Betrag. Bei 30 M Wochenbeitrag wäre höchstens auf eine Einnahme von M 14,40 zu rechnen (allerdings nur, wenn die vielgerühmte Rassen-treue der Mitglieder sich völlig bewährt!) wovon demnach für Arbeitslosenunterstützung 37,5 pZt. zu verausgaben wären (M 5,40), während für Reiseunterstützung nur noch 8—9 pZt. in Betracht kämen. Also über viermal so viel für Arbeitslosenunterstützung. Wo bleibt da die ausgleichende Gerechtigkeit.

Wenn wir nun den allgemein geforderten Satz von M 1 pro Tag in Rechnung bringen, so haben wir M 7,25 als Unterstützungsdurchschnitt und könnten über 50 pZt. der Beitragseinnahme für Arbeitslosenunterstützung flüssig halten; dabei hätten wir trotz des enormen Beitrags noch kein Mehr für andere Verbandszwecke, und kämen schließlich in den Genuss, den Reichthum unserer Einnahmen für Unterstützungszwecke verausgabte zu haben, also ein Unterstützungsverband comme il faut. Und dabei haben wir auch keine Sicherheit, daß wir mit diesem Beitrag auch besonderen Krisen gewachsen

sind, denn wir haben eben nicht mehr erübrigt, als wir gerade jetzt haben. Dies dürfte nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung unzureichend sein, denn ist dem Einen geholfen mit 50 pSt. der Beiträge, so will auch der Andere sein Teil haben, und dann verlangen die reisenden Kollegen mehr, oder sie verbleiben einfach am Orte und warten und genießen, wo sie sonst entbehren, ferner kommen die Umziehenden mit Wünschen bis zu M. 50 und die Gemahregelten machen ihr gutes Recht geltend.

Und noblesse oblige! Haben wir einmal einen Unterstützungsverband, dann verlangt schon die ausgleichende Gerechtigkeit, daß — zwar nicht jede Kalamität mit 50 pSt. der Beiträge unterstützt — wohl aber Allen entsprechende Vorteile geboten werden müssen. Und so kommen wir von selbst zunächst auf den Wochenbeitrag von 35 \mathcal{L} , den die Bergolber auf ihrer letzten Generalversammlung zu Berlin zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung benötigten, und welcher einer Jahres-Einnahme von M. 16,80 pro Kopf entspräche. Und immerhin müßten wir davon 43 pSt. für diese Unterstützung flüssig machen, während für die Reiseunterstützung vielleicht 7 pSt. (M. 1,17) verblieben, also der sechste Teil der ersteren und 50 pSt. der hohen Beiträge für beide zusammen. Und wieviel Mitglieder werden uns bis dahin tren verblieben sein, welche diese Beiträge willig auf den Tisch legen, — und wieviele werden wir dann auf Nimmerwiedersehen verloren haben, welche das Karenzjahr schon verschwinden läßt, das zur Konsolidierung dieser Unterstützung unumgänglich erscheint.

Betrachten wir noch einmal das jetzige Verhältnis. Von M. 6,90 Einnahme pro Mitglied betrug die Ausgabe für Reiseunterstützung M. 1,55 oder 22,7 pSt. der Beiträge. Daneben für Gemahregelten-, Nothfall- und Rechtschutzunterstützung 19,5 \mathcal{L} , also insgesamt für Unterstützungszwecke 25 pSt. der Beiträge im ersten Verbandsjahre. In die übrigen 75 pSt. theilen sich Verwaltung (12 1/2 pSt.), Zeitung (ca. 20 pSt.), Lokalfonds (35 pSt.), Agitation, Generalkommission, Statistik usw. Das wäre das Verhältnis bei einem Wochenbeitrag von 15 \mathcal{L} . Und bei einem Wochenbeitrag von 25 \mathcal{L} haben wir zirka 45 pSt., bei 30 \mathcal{L} zirka 50 pSt. und bei 35 \mathcal{L} Beitrag zirka 55 pSt. insgesamt für Unterstützungszwecke flüssig zu halten, und hätten somit für andere Kampfszwecke fast nicht mehr übrig, als gegenwärtig, und weniger, als bei einem Wochenbeitrag von 20 \mathcal{L} ohne Arbeitslosenunterstützung. Und dabei noch die zweifelhaften Folgen der hohen Beiträge. Das dürfte Manchen zu denken geben.

Möge der Beitrag zur Klärung der Situation wirken, und diejenigen, welche diese Frage der Arbeitslosenunterstützung bisher nur vom Standpunkt des Wünschenswerthen betrachteten, anregen, sich eingehender mit diesem Problem zu beschäftigen.

Zentralisation oder Dezentralisation?

u. Viele sind der Meinung, obige Frage sei für die Holzarbeiter schon seit langer Zeit entschieden, und sie habe höchstens für andere Gewerkschaften, so namentlich gegenwärtig für die Metallarbeiter, eine aktuelle Bedeutung, während mit nichtsjahrenden Ausnahmen die Lokalorganisation für die Holzarbeiter ein überwundener Standpunkt sei. Und doch spukt der alte Streit noch heute in unseren Reihen, und weit entfernt davon, in lokalen Grenzen langsam zu verlöschen, sucht er sogar, dieselben zu überziehen und sich auf das gesamte Verbandsgebiet auszubreiten, und ein Blick auf die Anträge zur Abänderung der Statuten in Nr. 9 der „Holzarbeiter-Zeitung“ belehrt uns darüber, daß auch der bevorstehende Verbandstag Gelegenheit haben wird, sich von dieser aufblühenden Flamme beleuchten zu lassen. Denn welchen anderen Zweck hätten sonst Anträge, welche die Höhe der Reiseunterstützung, wie überhaupt deren Gewährung, in das Belieben der Lokalverwaltung zu stellen wünschen, welche das Obligatorium der Fachzeitung aufheben oder von dem Belieben der Lokalverwaltungen oder Einzelmitglieder abhängig machen wollen und welche schließlich den für lokale Zwecke reservierten Betrag gar auf 50 pSt. der Beiträge erhöhen wollen, ohne dafür ein Mehr von Verbandsleistungen auf die lokalen Ausgaben zu übernehmen? Und welche andere Wirkung wäre wohl von der Annahme solcher Anträge zu erwarten, als die der allgemeinen Dezentralisation, wenn eben jede Lokalverwaltung in diesen Fragen ihren eigenen Weg gehen und aus ihren besonderen berechtigten Eigentümlichkeiten auch eigentümliche Berechtigungen herleiten wollte? Denn so gut wie die Bestimmung der Reiseunterstützung und des Obligatoriums der Verbandszeitung könnten andere Zahlstellen auch die des Streikreglements, der statistischen Aufnahmen oder des Verwaltungsmobus für ihre eigene Reichthümer fordern, und Versuche zu Uebergriffen und Eigenmächtigkeiten sind schon auf allen diesen Gebieten vereinzelt vorgekommen. Es fehlt nur noch deren statistische Begründung, und die allgemeine Auflösung aller Gemeinsamkeiten, was die Kollegenschaft in unauflösblichen Kämpfen errungen und gefördert hat, bräche herein.

Und weil wir die destruktive Tendenz derartiger Anträge aus Erfahrung kennen, halten wir es für notwendig, noch einmal über die obige Frage Klarheit zu schaffen und den Kollegen die Grundpfeiler des Verbandes zu zeigen, die vor jeder Erschütterung zu bewahren sind, wenn der Bau nicht in sich selbst zusammenstürzen soll.

Unsere Organisation dient der Führung des wirtschaftlichen Vorkampfes der Arbeiter gegen die übermächtige wirtschaftliche Vorherrschaft gebietenden Unternehmer. Dieser Kampf kann in der kapitalistischen Produktionsera kein lokaler sein, da das Kapital keine lokale Grenzen kennt und da auch der Arbeitskraft durch das Freiheitsrecht die lokalen Fesseln abgenommen worden sind. Für Beide, Kapital und Arbeitskraft, sind die lokalen Schranken gefallen, — das Kapital beherrscht den nationalen und den Weltmarkt, und auch die Reservearmee der Arbeitskräfte ist international. Jeder Vorkampf auf lokalem Gebiete ruft diese außerlokalen Faktoren auf den Kampfplan, die weltumspannende Macht des Branchenkapitals, die theils für, theils gegen den verwickelten Unternehmer austritt, und die weltbekannte Reservearmee, die sich ebenfalls zu des Einen oder des Anderen Gunsten entscheidet, je nachdem sie gewissen Impulsen gehorcht. Noch nie hat die lokale Organisationsform vermocht, diese Faktoren genügend zu beherrschen. Selbst der straffeste Fachverein muß im Kampfe gegen die übermächtige Armee der Arbeitslosen erlahmen, die den freigewordenen streitigen Arbeitsstellen zufließt, wenn keine höhere, umfangreichere Macht dieser Strömung entgegenwirkt. Die besten der errungenen Arbeitsbedingungen bleiben für die Dauer unhaltbar, wenn es den Kollegen nicht gelingt, diese stetig von außen hereinbrechende Fluth der Indifferenten zu bemeistern. Und damit zugleich werden auch die Pfeiler der Lokalorganisation unterspült und hinweggetragen, und deren Ringen bleibt schließlich ein ewiger Kampf, nicht gegen das Kapital, sondern gegen den immer von Neuem hereinbrechenden Indifferentismus in den eigenen Reihen. Das sind längst bekannte Wahrheiten, und sie haben der Zentralisation der gewerkschaftlichen Propaganda und Kämpfe den Weg gebahnt. Worin, fragen wir nun, besteht die eigentliche Natur der Zentralverbände? Sollen sie etwa nur die Solidarität der lokalen Gruppen verbürgen, der autonomen Gruppen, deren jede ihre eigenen Vorteile verfolgt, ohne dabei um die der Anderen besorgt zu sein, und sich der Uebrigen erst dann erinnert, wenn es der eigene Vorteil gebietet? Keineswegs, denn diese Solidarität ist ja schon durch die Gemeinsamkeit der Hauptinteressen bedingt, und wodurch könnte wohl diese Bürgschaft gestiftet werden, wenn der Zentralisation die Mittel zur Einwirkung auf die lokalen Gruppen fehlen, — ja, wenn sich füglich jedes Einzelglied ihren Anordnungen entziehen könnte, indem es sich auf die autonome lokale Gruppe beruft? Der Zentralverband ist nicht bloß der Ausdruck der Solidarität der lokalen Gruppen, sondern er ist die Einheit der Einzelglieder selbst, die Einheit ihrer Aufgaben und ihrer Waffen, ihrer Pflichten und Rechte, und diese Einheit sind ihren prägnanten Ausdruck in dem allen Mitgliedern gleichlautenden Verbandsstatut. Alle Pflichten der Mitglieder sind Verbandspflichten, alle Rechte sind Verbandsrechte, alle Leistungen sind Verbandsleistungen, alles gemeinsame Eigenthum ist Verbands-eigenthum. Die Lokalorganisation hat darin lediglich den Charakter der Lokalverwaltung, welche die Verbandsfähigkeit besorgt. Ihr Wirken richtet sich nach dem Verbandsstatut; sie kann Mitglieder nur ausschließen oder Neueintretenden den Zutritt verweigern nach dessen Vorschriften, sie kann über die Verwendung der Gelder nur beschließen im Rahmen des Statuts und ist darin durchaus nicht mehr unverantwortlich. Sie kann sich nicht mehr beliebig vom Verbandsverband abtrennen, sondern das Recht des Austritts steht nur den einzelnen Mitgliedern zu. Sie ist also nur ein Glied des großen, einheitlichen, unteilbaren Organismus.

Die Uebernahme der überall zu bewältigenden Aufgaben hat dem Verbandsverbande eine bedeutende Arbeitlast aufgebürdet, die seine Zentralverwaltung allein nicht erledigen kann, daher sie in gleichem Maße, wie früher die Interessensolidarität dies erzwang, des gemeinsamen Zusammenwirkens aller Lokalverwaltungen bedarf. Aber diese Zusammenfassung der Organisationsfähigkeit in einen gemeinsamen, überall unter gleichen Voraussetzungen arbeitenden Verwaltungsapparat verringert nicht allein die für dieselbe angewandten Mühen und Kosten, sondern erreicht auch zum ersten Male jene Ueberblicklichkeit, die zur Erkenntnis der richtigen Funktion der Verwaltung, wie zur gerechten Verteilung aller Pflichten und Rechte nöthig ist, ein Fundament der strengeren Regelung, den die vielen autonomen Lokalorganisationen nie erreicht hätten.

Betrachten wir die einzelnen Verbandsaufgaben näher, um die richtige Funktion dieses Organismus zu prüfen. Da ist zunächst die Verwaltung, das Herz des Organismus, welcher die wichtigsten Funktionen zufallen. Natürlich ist sie ebenso wenig autonom oder unabhängig, vielmehr ist ihre die Arbeitsleistung ganz genau vorgezeichnet, und der Druck, mit dem sie arbeitet, entspricht nur der Summe der in allen einzelnen Organen erdunzten Kräfte. Daß sie höhere Kosten stellt, als im Verhältnis der Mitgliederzahl die einer Lokalorganisation, entspricht nur ihren höheren Leistungen. Nur ein Querschnitt kann darin ein Bild der Leistungsbilanz erblicken. Brachten wir dieses Bild an Zeitungen in Wegfall, so hätten wir bedeutend niedrigere Verwaltungskosten als die ideale Lokalorganisation; aber wir haben den Verband nur gegründet, weil uns die Leistungen der Segleren

nicht genügen können; wir verlangen die intensivste Thätigkeit, den höchsten Druck, den wir erreichen können, — ergo müssen wir auch stärker heizen, denn ohne Aufwand giebt es keine Kräfte.

Die nächstliegende Aufgabe ist die Agitation zur Vergrößerung und Stärkung des Verbandes. Die Agitation allein hat schon die Lokalorganisation gesprengt. Sie mußte hinaus über die lokalen Grenzen getragen werden, und damit verlor sie schon das spezifisch lokale Kolorit. Sie mußte das Gemeinsame, das notwendig Zusammensührende zum Ausdruck bringen, und damit der lokalen Abgeschlossenheit, der Selbstherrlichkeit den Todesstoß versetzen. Sie bedurfte um der Selbsterhaltung willen eines dauernden Verbandes, das Alle zusammenhielt, aber zugleich auch die lokalen Eigentümlichkeiten abschürfte und erspürte. Dieses Band war die Fachzeitung, die erste gemeinsame Einrichtung der gewerkschaftlichen lokalen Gruppen, keineswegs bloß eine Einrichtung der Verbände, sondern namentlich durch den Mangel ausreichender Verbandsgemeinschaft entwickelt. Die Fachzeitung wurde aber das wichtigste Agitationswerkzeug und die beste Kampfswaffe der Gewerkschaft; daher durfte sie bei der Entwicklung der fest gegliederten Verbände nicht beseitigt oder verschlechert, sondern verbessert und verallgemeinert werden. Sie wurde daher von den bestorganisierten Gewerkschaftsverbänden obligatorisch eingeführt und in jeder Beziehung verbessert. Jeder soll dieses Werkzeug führen, diese Waffe gebrauchen lernen, deshalb soll sie Jeder besitzen. Das Obligatorium verbürgt allein die Erhaltung einer guten, wirksamen Fachzeitung; das Obligatorium ist ein Segen für die Gesamtheit. Es aufheben, hieße die schärfste Waffe der Gewerkschaften ihres Handgriffes berauben. Das wäre ein Rückschritt auf der Bahn des gewerkschaftlichen Wirkens, der sich schwer genug rächen würde, denn er entfremdet die Kämpfer ihrem Berufsorgan und man bietet ihnen keinen Ersatz dafür. Er zerstört das Zusammenhalten der gewerkschaftlichen Reihen zu einer Zeit, wo dieselben ohnehin gelockert sind und vielmehr der inneren Befestigung bedürftig. Wir erklären uns deshalb schon aus Rücksicht auf unsere Selbsterhaltung gegen eine solche Desorganisation.

Die Reiseunterstützung haben wir schon a. a. O. genügend charakterisiert. Sie ist ein notwendiges Kampfmittel der Gewerkschaften und muß eher erhalten, als abgeschafft werden. Gerade ihre einheitliche Regelung in der Zentralisation hat sie bedeutend verbilligt und ihr jene Ueberblicklichkeit gegeben, die eine weitere Verbilligung zum Nutzen anderer Verbandsleistungen ermöglicht, ohne dabei ein neues Mißverhältnis in den örtlichen Leistungen aufkommen zu lassen. Es ist bekannt, daß gerade die Reiseunterstützung einzelne Orte früher ungewöhnlich hoch belastete, eine Kalamität, welche erst durch ihre zentrale Regelung ausgeglichen wurde. Nur dadurch, daß die Reiseunterstützung eine streng geregelte Verbandsleistung bleibt, ist es möglich, die einzelnen besonders betroffenen Orte zu entlasten und den Prozentsatz der dafür aufzuwendenden Verbandsmittel zu reduzieren. Hier wiederum die Autonomie der Lokalverwaltungen einschränken, hieße die mühsam errungene Einheitlichkeit und Ueberblicklichkeit zerstören, die Reiseunterstützung aus der Reihe der Verbandsleistungen streichen und die Werbekraft des Verbandes beeinträchtigen. Das wäre dem Selbstmord gleich zu achten!

Die wichtigste Aufgabe der Verbände bleibt die Leitung der Kämpfe. Ueber ihre Durchführung ist seit Jahren gestritten worden, und sie wird immer ein Streitiges Objekt bilden, da unsere Gegner keine militärisch disziplinierte Masse sind und die Kampfvoraussetzungen immer einem Wechsel unterliegen. Aber die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß der Schwerpunkt bei den Lohnkämpfen außerhalb des Kampfplatzes ruht und die Entscheidung zumeist von dem Verhalten der durch den Kampf in Bewegung gesetzten Reservearmee abhängt. Aber dieses Verhalten ist nicht allen Einflüssen unzugänglich, sondern auch die Reservearmee gehorcht bei entschlossenem Handeln den vorgezeichneten Impulsen, und zu diesem Handeln bedarf es einer überlegenen Kraft, die nur in der zentralen, straffen Organisation zu finden ist. Daher dieser Zentralisation ein bedeutender Einfluß auf die Streits zugefunden werden mußte, und noch weniger als früher dürfte man gegenwärtig geneigt sein, die Lohnkämpfe der strengemilitärischen Leitung zu entziehen, denn diese hat sich stets als notwendig erwiesen, und wenn hierbei nicht Alles so klappete, wie es sein sollte, so lag das zumeist weniger an der Unzuverlässigkeit oder Langsamkeit der Zentralleitung, sondern an der Eigenmächtigkeit und Unkontrollierbarkeit der Lokalverwaltungen, welche mehr Sperrelegramme als Situationsberichte ausgaben und die Zentralleitung gewöhnlich vor ein fait accompli stellten, welche erstere nicht zu übersehen und letztere nicht gutzuheißen vermochten. Wenn irgend etwas aber die Lohnkämpfe übel beeinflusste, so war es nicht das Einspruchsrecht der Zentralleitung, sondern die ungebührliche, von allen Zusätzen befreite Autorität der lokalen öffentlichen Versammlungen, deren Beurteilung noch immer die folgen-schweren Handlungen überlassen bleiben. Radikale Gemüther zwar mögen sich für diesen Zustand begeistern, aber unseres Erachtens ist das die radikalste Einrichtung, die am sichersten wirkt. Also auch hier ist das Heil nur im Ausbau der straffen Zentralisation zu suchen; es wäre besser, wenn wir die Arbeiter sofort hätten, daß sie auf Kommando ihrer Vertrauensleute die Arbeit niederlegten, als zu warten, bis dieses Kommando aus den Reihen selbst ertönt, denn bis es da zur Einheitlichkeit kommt, ist allemal der rechte Augenblick verfehlt.

Und nun zur Frage der Verteilung der Verbandsmittel, von deren Umfang die Verbandstätigkeit zum großen Teile abhängt. Sie werden nicht bestimmt durch die Leistungen des Verbandes, wie folgerichtig zu erwarten wäre, sondern durch die Leistungsfähigkeit oder durch die Steuerkraft der Arbeiter. Hätte die Gewerkschaft nur ein in sich abschließendes Interesse für ihre Mitglieder, so würde sie nichts hindern, mit den Leistungen auch ihre Beiträge zu erhöhen, wie das bei reinen Unterstützungsvereinen der Fall ist. Aber die Gewerkschaft bedarf zur Erreichung ihrer Zwecke der Beteiligung aller Berufsarbeiter, und für sie wäre daher die beste Lösung der Korporationszwang der Arbeiter. Da wir auf diese Lösung nicht hoffen können, so haben wir das Dilemma, die niedrigsten Beiträge erheben zu dürfen und damit die höchsten Leistungen garantieren zu müssen. Aus diesem Dilemma kommen wir höchstens dadurch heraus, daß wir die Erhöhung der Beiträge stufenmäßig, aber mit aller Energie anbahnen und den dabei entstehenden Widerstand durch weise und Allen gerecht werdende Verwendung der Verbandsmittel überwinden. Das geschieht einzig durch möglichste Sicherstellung und Zentralisation der Verbandstätigkeiten und deren Verbilligung unter Berücksichtigung ihrer Bedeutung für die Verbandszwecke. Darnach ist Alles, was nicht vorzugsweise den Kämpfen dient, nach Möglichkeit abzuschaffen, das Rinderwertige zu beschneiden und das Notwendige und Zeitgemäße zu stützen und zu entwickeln. Daß dies überall mit dem nötigen Nachdruck und der strengen Einseitigkeit durchgeführt wird, kann allein die frasse Zentralisation garantieren. Und da lehrt ein Blick auf den Verbandsetat schon die Unmöglichkeit der Erfüllung der Forderungen, den Lokalverwaltungen 50 pSt. der Beitragseinnahmen für lokale Zwecke zu überlassen. Selbst wenn der Verbandsleitung durch Beitragserhöhung größere Mittel zugeführt würden, so geschähe dieses doch nur unter der Voraussetzung der Erhöhung der bestehenden oder der Vermehrung der gesamten Verbandstätigkeiten, und da diese Voraussetzung sich schon bei den jetzigen Beiträgen geltend macht, so drängt in Wirklichkeit die allgemeine Tendenz dahin, die Ansprüche der Zentralverwaltung zu erhöhen und dieser einen höheren als den gegenwärtigen Prozentsatz aus den Beitragseinnahmen zuzuführen. Wenn sie auch bisher diese Ansprüche noch nicht geltend gemacht hat, so wird sie doch in dem Augenblick damit hervortreten müssen, in welchem die Gesamtheit der Mitglieder größere Leistungen auf irgend einem der allgemeinen Gebiete verlangt. Mögen einzelne örtliche Verwaltungen außerordentliche Ausgaben haben, so bliebe zu erwägen, inwieweit ihnen aus Verbandsmitteln dazu eine ständige Beihilfe gewährt werden kann. Dies betrifft insbesondere lokale Arbeitsnachweise, Sekretariate und Herbergen mit ständig besoldeten Beamten. Aber damit bliebe dem Verbandsrat zugleich eine Einwirkung auf solche lokalen Einrichtungen vorbehalten, die er im Interesse seiner Berufsgenossen für notwendig hält.

Alle keine Auflösung, keine Desorganisation, sondern immer frassere Entwicklung der Zentralisation ist es, was uns die Zukunft als Pflicht gebietet. Nur in der Stärkung des Holzarbeiterverbandes liegt der Schatz unserer Zukunft!

Unsere Presse.

In der Nr. 12 unserer Zeitung beschäftigte sich die Redaktion mit der von einigen Jahrgängen gestellten Forderung, betreffend die Aufhebung des Obligatoriums und einige andere Vorschläge, die den Umfang des Blattes beschränken wollen, sowie ein litigöses Ersuchen beantwortet. Daß im Organ diese Forderungen beigemessen werden, legt Zeugnis dafür ab, welche Bedeutung den Beiträgen beigegeben wird. Es dürfte deshalb für die Leser gewiß angebracht sein, wenn auch einer der Verantwortlichen Vorschläge zu Wort kommt.

Alle Forderungen entspringen ausbedingter Notwendigkeit, die großen Ausgaben für das Verbandsorgan zu vermindern, um die Mittel der Organisation auch anderen Zwecken dienlich zu machen. So wie die Dinge heute liegen, werden die aufgeführten Ausgaben fast ausschließlich zu Unterstützungszielen verwendet, und kann vermögten die Einnahmen die Ausgaben zu decken, denn die vorliegende Abrechnung weist bereits ein Defizit auf und die letzte ergibt einen ganz erheblichen Ueberschuß. Ein solcher Zustand ist für die Dauer unhaltbar und bedarf der Abänderung. Wird die Organisation zu einer Unterstützungsstelle, so kann sie selbst nicht die bisher gewöhnlichen Unterstützungen beibehalten; will sie aber auch Mittel aufwenden für den wirtschaftlichen Kampf, so bedarf es der einschneidendsten Abänderungen in unserer Organisation. Die Abänderung in dem Ausmaß unserer Organisation kann allerdings auch bewirkt werden, indem die Beiträge erhöht werden. Jedoch scheint in den Kreisen der Mitglieder keine große Neigung für dieses Projekt vorhanden zu sein und läßt sich gegenwärtig dieser Vorschlag nicht befürworten. Auch ist über diesen Vorschlag schon in unserem Organ so viel geschrieben, daß man nicht näher auf die Angelegenheiten eingehen braucht. Die beiden bedeutendsten Ausgabenposten in der Abrechnung sind die Redaktionsausgaben und die Kosten für das Verbandsorgan. Um Ersparnisse an der Redaktionsausgaben zu machen, legen eine ganze Reihe von Redaktionen dem Verbandsrat zur Berücksichtigung vor und wird auch ungewissheit hier eine Abänderung eintreten. Die Ausgabe für das Verbandsorgan beträgt, wenn ich die Aufstellung der vorletzten erschienenen Ausgabe, Unterstützungen und Kampf zur Hand nehme, nach Abschluß des ersten Jahres M. 41 364,36 oder 25 pSt. der Beiträge. Diese Summe erweist sich zwar an M. 600, die durch Rückzahlungen eines Ueberschusses an den Verband geleistet wurden. Zusammen ist die Summe so groß, daß sie zu Erwägungen Anlaß gibt, ob hier nicht gespart werden kann.

Der Vorschlag, die Zeitung alle 14 Tage erscheinen zu lassen oder sie in ihrem Umfang einzuschränken, scheint mir der letzte Ausweg zu sein. Wohl aber möchte ich den Vorschlag

der Berliner Jahrgänge empfehlen, es jeder Jahrgänge zu überlassen, die Zeitung obligatorisch einzuführen.

Die Redaktion fragt an, ist denn die Zeitung so schlecht geworden, daß sie das Geld, welches sie kostet, nicht mehr wert ist? So ist die Frage nicht zu stellen. Für diese Anträge liegen zunächst nur die schon oben bezeichneten Gründe vor. Weiter kommt hinzu, daß für die größeren Jahrgänge die Zeitung nicht ein so dringendes Bedürfnis erfüllt, wie an kleineren Orten. Die größeren Jahrgänge haben für ihre Agitation Mittel, die den kleineren lange nicht in dem Umfang zu Gebote stehen. An größeren Orten ist die Agitation durch die Versammlungen erleichtert. Es können gute Referate gehalten werden, zahlreichere Versammlungen, welche die Mitglieder anziehen. Diese Dinge bereiten einer kleinen Zentrale schon größere Schwierigkeiten und sind oft unmöglich. Mit der Presse ist es vielfach in den größeren Städten auch besser bestellt. Die Arbeiter haben ein täglich erscheinendes Organ. Die Zeitung ist nicht Einer, dann lesen es Mehrere zusammen und bleibt in diesem Falle den Meisten sehr wenig Zeit übrig, auch noch die Fachpresse zu lesen. Wird sie nicht gelesen, kann sie ihren Zweck nicht erfüllen. Daß dem so ist, dafür haben wir die Beweise an der hiesigen Jahrgänge. Eine große Anzahl der Mitglieder holt die Zeitung von den hiesigen Jahrgängen, wo sie zur Ausgabe gelangt, garniert ab, und bei Denjenigen, die sie abholen, ist es fraglich, ob sie gelesen wird. Nicht viel anders liegen die Verhältnisse an anderen Orten. Dem Lesebedürfnis wird in vielen Fällen durch die Tagespresse genügt. Auf den Einwand, viele Arbeiter lesen aber die gegenwärtige Fachpresse zu Gesicht bekommen, entgegne ich, das Bestehen einer Presse hat für den Betreffenden keinen Werth, sie muß gelesen werden. Wer aber keine Presse liest, bei dem wird auch unsere Fachzeitung keine Anziehungskraft ausüben können, und fraglich ist es, ob Derjenige, der die gegenwärtige Presse liest, sehr eifrig zu der unseren greift. Wenn aber die Zeitung vielfach nicht gelesen wird, dann sehe ich kein großes Uebel oder die Beibehaltung eines wichtigen Agitationsmittels darin, das Obligatorium zubeheben. Es werden Mittel frei für andere Zwecke, die ganz entschieden mehr Berücksichtigung im Verband finden müssen. Wer die Zeitung in den größeren Städten weiter lesen will, kann darauf abonnieren, er leistet dadurch eine kleine Beitragserhöhung, die er weit eher aufbringen kann, als unsere Kollegen an den kleinen Jahrgängen. Die anderen Einwände zu widerlegen, dazu wird der Verbandsrat Gelegenheit geben. Es handelt sich für mich mehr um die Darlegung der Gründe für diesen Antrag.

Ueber die Bürstenindustrie Amerikas

entnehmen wir der „Zeitschrift für Bürsten, Pinsel- und Kammsabration“ folgende die Bürstenmacher gewiß interessierende Schilderung des dort jahrelang thätig gewesenen Bürstenmachers M. Eisen. Derselbe sagt:

Den Bedarf an Pinseln im Allgemeinen deckt Amerika allerdings selbst und ist auch Thatsache, daß dazu ein wirklich vorzügliches Material verwendet wird, was schon daraus hervorgeht, daß die alten verbrauchten Pinsel vielfach von Bürstenmachern oder Händlern aufgekauft, um wieder aufgeschlagen und die Borsten ausgewaschen zu werden. Es ist dies ein lohnendes Geschäft. Da die Pinsel aus zirka fünfzölligen starken Borsten gemacht werden und nach Abnutzung der Schwänze als verbrannt gelten, so erhält man immerhin 4 1/2 bis 4 Zoll lange starke Borsten, die dann unter der Bezeichnung paint-stumps (Malstumpen) verbrannt oder verkauft werden. Für diese alten Pinsel zahlt man je nach der Güte 35—60 C. Da nun drei, höchstens vier Pinsel ein Hund Borsten ergeben, so läßt sich der Vortheil klar erkennen, umsomehr als die mittellange Kalkutta, welche hier gemein M. 4 kommt, in Amerika mit M. 6 bezahlt wird. Ueberhaupt sieht den Bürstenmachern nicht dieses Borstenmaterial zur Verfügung, wie hier. Es existieren drei Arten Borsten, grane (sals gibt es überhaupt nicht, sondern nur düstigen weißen Besch), kurze und mittel Kalkutta, Chinesen und harte Russen. So gering diese Auswahl auch sein mag, so genügt sie doch vollständig, denn auch die Anzahl der verschiedenen Bürstentypen ist eine sehr geringe. Dies liegt jedoch nicht an dem Mangel geschulter Arbeiter, sondern einfach daran, weil kein Bedürfnis dafür vorhanden ist. Die amerikanische Hausfrau braucht einen Reißstrobhaken und eine Schenkerbürste, das ist aber auch Alles. Ich versuchte unseren allbekanntesten Schrubber in den Handel zu bringen, umsonst, wo ich ihn auch zum Versuchen arbeit. Die Damen rümpfen lieber auf den Knien herum und brauchen ihre Sandbürste. Mein späterer Kompagnon war auf's Höchste erstaunt, daß ich seinen Zylinderpuffer als eine alte Sache kannte, den er doch erfinden zu haben glaubte.

Diese zwei Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, in welchem Stadium sich unser Geschäft in Amerika befindet. Das Zureichten der Borsten und Hölzermachen hat mit dem Bürstenmachen nichts gemein, so existieren Scherebank und Hausmesser & S. garnicht (Ausnahmen bestätigen die Regel), die Dampfschneidmaschinen sind haltbarer, praktischer und billiger als die hiesigen und ist der Amerikaner überhaupt in gutem Handwerkszeug aus weit voraus. So wird auch die Bürstenwaare im Ganzen vorker und reeller gearbeitet als hier und ist dementsprechend auch der Preis ein bedeutend höherer. Doch fehlt es auch im Lande der Freiheit nicht an Konkurrenz durch Strafankaster, Ankerkettenspanner und Schlenkerankaster, die dem Geschäft großen Abbruch thun. Feinere Artikel, als Haarbürsten, Kleiderbürsten, Jagdbürsten u. haben wenig Absatz. Um dies zu verstehen, muß man eben in Amerika selbst eine Zeit lang gelebt haben. Andere Länder haben eben andere Sitten. Der Yankee läßt sich die Haare vom Kopfe schneiden, da braucht er natürlich keine Haarbürste und das Ausbürsten der Kleidung hat auch wenig Zweck, erheut paraben die Sachen doch wieder ein und zweitens nimmt das viele Bürsten nach seiner Ansicht nur den Stoff. Taschenbürsten, Kämme, Schwämme, Fensterleder und dergleichen mehr werden im Bürstengeschäft nicht geführt. Bogensbürsten, Speichenbürsten, Jagdbürsten und viele, viele andere Sorten Bürsten, die hier für unentbehrlich gelten, sind vollständig unbekannt.

Es ist eine merkwürdige Thatsache, daß Jeder, der einmal den amerikanischen Boden betreten hat, seinen Angehörigen über die Verhältnisse, seinen Verdienst u. benützt oder unbewußt die düstern Tugenden anführt und möchte ich daher zu Kurz und Zusammen aller eventuell Umwandlungslustigen oder sich dafür Interessierenden hier wahrheitsgemäß auseinandersetzen, was den deutschen Bürstenmacher drüben erwartet.

Im Anfange wird der Deutsche bei Akkordarbeit den einheimischen Arbeitern nachsehen, denn da unser Lehrsystem niemals angewendet wird, bildet sich der junge Mann oft vom 13. auch schon vom 12. Jahre an nur für eine Spezialarbeit aus, woraus natürlich folgt, daß er hierin eine größere Übung und Geschicklichkeit erhält, als der in derselben Zeit das Geschäft in allen Einzelheiten erlernende Deutsche. Meistens wird stehend gemischt und im Schraubstock eingezogen. Einzelne Arbeiter bringen es dabei auf 8000 Bündel pro Tag. Es ist b für Einzeln pro 1000 80 C bis M. 1,60 gezahlt. Günstiger stellt sich die Beschäftigung, zu der auch mit Vorliebe Deutsche verwendet werden, weil diese zuverlässiger und regelmäßiger arbeiten. Es giebt hierfür 82—72 C pro 100. Für Passaba sogar 80—88 C. Im Allgemeinen zahlt der kleine Meister besser als die großen Fabriken und bleibt der ledige Arbeiter bei ersterem oft in Kost und Wohnung. In diesem Falle erhält er 4—5 Dollar pro Woche, nebst freier Station, während bei Akkordarbeit auf 8 bis 14 Dollar zu rechnen ist. Die Arbeitszeit ist durchschnittlich von 7—6 Uhr mit den bekannten Pausen und dem Sonnabend als Halbfeiertag. Im Großen und Ganzen lebt der Arbeiter in Amerika in besseren Verhältnissen und kann der solide Mann wohl ein Stück Geld ersparen. Allein auch Amerika hat, trotz seiner strikte durchgeführten Sonntagsruhe, seine Versuchungen und kann man sein verdientes Geld auch sehr schnell wieder los werden. Gänzlich verkehrt aber ist es, auf zwei oder drei Jahre hinüberzugehen, um sich etwas zusammenzuklammern, dies ist ein Unternehmen, welches selten die Kost aufwiegt.

Eine Untersuchung über Hand- und Maschinenbetrieb.

Die sich schon seit einer Reihe von Jahren recht fühlbar machenden Geschäfts- und Produktionskrisen drüben im Lande des Dollars haben recht traurige Zustände gezeitigt. Die Arbeitslosigkeit nahm selten einen so großen Umfang an und übte auch wohl kaum einen so unheilvollen Einfluß auf das ganze geschäftliche und wirtschaftliche Leben aus, als den letzten Winter. Um diesem Nothstande wenigstens für die Folge zu begegnen, glaubt die Regierung zunächst die Ursachen feststellen zu sollen und nimmt an, daß diese in der überwiegenden Maschinenarbeit, in der freien Konkurrenz, dem freien Spiel der Kräfte zu suchen sind. So wird denn seitens des amerikanischen Bundesarbeitsbüros die Vornahme einer umfassenden Untersuchung beabsichtigt, falls eine vom Repräsentanten Mr. Gann von Chicago dem Hause eingereichte Resolution Gesetzeskraft erlangen sollte, wozu angeblich alle Aussicht vorhanden ist. Durch diese Resolution soll der Bundesarbeitskommissar beauftragt werden, eine Untersuchung anzustellen und Bericht zu erstatten über die Wirkungen, welche die Verwendung von Maschinen im industriellen Betriebe auf die Arbeit und Produktionskosten ausübt, über das Verhältnis von Hand- und Maschinenarbeit als Produktionskraft und die bezüglichen Kosten beider, über die Wirkung der Maschinenarbeit auf den Lohn weißlicher und minderjähriger Arbeiter, sowie ferner darüber, ob Veränderungen in den Produktionskosten auf einen etwaigen Mangel oder Ueberschuß an Kraft oder aber auf die Einführung der Maschinenkraft zurückzuführen seien.

Durch diese vom Arbeitskommissar Wright, sowie den Arbeiterfreunden im Kongress beauftragte Untersuchung soll statistisch nachgewiesen werden, um wie viel die Produktivkraft der Angehörigen der großen Handelsnationen der Welt innerhalb der letzten dreißig Jahre, seit Einführung der die Arbeit fördernden und erleichternden Maschinen, gestiegen ist. Auf Grund der Lösung dieser Frage soll dann ermittelt werden, wie sich das erzielte Mehrprodukt vertheilt, bezw. wieviel davon auf den Produzenten und wieviel auf den Konsumenten entfällt. Auch die Feststellung der üblen Folgen der Einführung von den, gestörte Handarbeiten erlegenden Maschinen, wodurch in zahlreichen Fällen die Arbeiter in Nothlage versetzt werden, wird dabei von dem Kommissar nicht unberücksichtigt gelassen werden. Dagegen wird er im Stande sein, auf die große Menge neuer Industrien hinzuweisen, welche infolge der durch Einführung von Maschinen gewonnenen Ersparnisse an Zeit und Arbeit, besonders zwecks Herstellung verschiedener Bedarfsartikel, im Laufe der Zeit entstanden sind, und der überflüssig gewordenen Arbeitskraft lohnende Verwendung gewähren. Mit welchen Zahlen der Kommissar dabei zu rechnen haben wird, geht aus dem folgenden Auszuge aus dem ersten, kürzlich veröffentlichten Jahresbericht des Kommissars über „die industrielle Nothlage“ hervor.

Darnach werden die mechanischen Industrien der Vereinigten Staaten mittels Dampf- und Wasserkraft betrieben, die insgesamt in runder Zahl 3 500 000 Pferdekraft repräsentieren, jede der letzteren entsprechend der Körperkraft von sechs Männern, d. h. wäre zum Betriebe des Landes Menschenkraft allein bedürftig, so wären dazu 21 000 000 Männer erforderlich, eine Zahl, die nach dem letzten Zensus einer Bevölkerung von etwa 105 000 000 Menschen entsprechen würde. Die thatsächliche Anzahl der gegenwärtig in den verschiedenen Industrien beschäftigten Arbeiter beträgt in runder Summe 4 000 000, was einer Bevölkerung von nur 20 000 000 Menschen entspricht. Die Zahl der in den Vereinigten Staaten vorhandenen Lokomotiven beträgt 28 600. Um die Arbeit dieser Lokomotiven zu verrichten und Lasten, gleich den von denselben während des letzten Jahres beförderten, auf den bestehenden Landstraßen zu transportieren, wären in runder Zahl 54 000 000 Pferde und 13 500 000 Menschenkräfte erforderlich. Gegenwärtig wird die Arbeit, soweit die menschliche Arbeitsfähigkeit in Betracht kommt, mit Hilfe von 256 000 Mann versehen, die eine Bevölkerung von 1 250 000 repräsentieren, während die zum Ertrag der Pferdekraft erforderliche Zahl von Männern einer Bevölkerung von 67 500 000 entsprechen würde. Im Ganzen würde es somit, um die zur Zeit in mechanischen Industrien und den Eisenbahnen Amerikas von Maschinenkraft gelieferte Arbeit zu verrichten, einer Zahl von Männern bedürfen, die einer Bevölkerung von 172 500 000 Menschen entsprechen müßte. Rechnet man dazu die thatsächliche Bevölkerung des Landes mit ja. 65 000 000, so würde sich eine solche von 237 500 000 ergeben, die dann auf die gegenwärtig vorhandenen Substanzmittel angewiesen wären.

Auch bezüglich der Produktionskosten wäre der Unterschied ein ganz ungeheurer. Die jährlichen Kosten des Eisenbahnbetriebes des Landes mittels Dampfkraft betragen in runder Summe Doll. 502 600 000; derselbe Betrieb mittels Pferde- und Menschenkraft würde dagegen einen Aufwand von Doll. 11 308 000 000 erfordern. Vor Jahren glaubte man noch, durch enggezogene Schulpfingern dem Uebel vorbeugen zu können. Diese Annahme

hat sich jedoch als ein Irrthum erwiesen, und gerade jetzt möchte man die Sache nur gar zu gern rückgängig machen.

Man sollte nur die Arbeitszeit verkürzen, die Produktion in gebotener Weise leiten, den Arbeitern, die auch in Amerika 80 pSt. der Bevölkerung ausmachen, höhere Löhne zahlen, damit sie konsumfähiger würden, und Ueberproduktion wie Nothstand würden behoben sein. Erforderlich wäre ferner, durch strenge Fabrikgesetze jede übermäßige Ausbeutung der Arbeiter zu verhindern, den Arbeitern das Koalitionsrecht im weitesten Sinne des Wortes einzuräumen; es würde dann eine so umfassende Statistik, die für die Feststellung des Arbeiterelendes gar nichts bedeutet, höchst überflüssig sein; die Arbeiterorganisationen würden auch ohne eine solche sorgen, daß die Räume des Kapitalismus nicht in den Himmel wachsen und die Lage der Arbeiter eine bessere würde. In einem Lande aber, wo der Kapitalismus mit der Regierung in inniger Harmonie die Ausbeutung des arbeitenden Volkes in der unerschämtesten Weise betreiben und jede Regierung mit Miliz und Pinkertons niederhalten, hängen, würgen und morden im Interesse des heiligen Geldsacks, wird an Besserung der Arbeiterzustände nicht zu denken sein.

Sozialpolitische Rundschau.

Gegen die Umsturzvorlage wenden sich außer einer Reihe Professoren und Schriftsteller auch die bildenden Künstler. Der „Kunstwart“, das leitende Organ auf diesem Gebiete, hat dazu das Wort genommen. Er sagt: „Nicht alle Bestimmungen der Vorlage berühren unmittelbar diejenigen Kreise, an die diese Zeitschrift sich wendet; aber alle atmen einen Geist der Reaktion, gegen den Front zu machen als Pflicht jedes freien Künstlers erscheint.“ An der Hand mehrerer Beispiele weist das Organ nach, daß, wenn der § 111a der Vorlage Gesetz würde, an das Malen und Ausstellen von Bildern wie „Die Freisprechung der Ehebrecherin durch Christus“ nicht gedacht werden könne, obgleich schon in der Schule an der Hand der Bibel mächtig viel Umsturz gepredigt werde.

Gegen den Zusatz zu § 130, der strafgesetzliche Dornenhecken um Religion, Monarchie, Ehe, Familie und Eigentum ziehen soll, um diese Institutionen gegen Beschimpfung zu schützen, wenden sich folgende Sätze:

„Gegenüber der Fassung dieser neuen Strafbestimmung weiß man wirklich nicht, soll man mehr staunen über die Unbesonnenheit, mit der hier Begriffe als feststehend angenommen werden, deren Grenzen die Philosophie seit Jahrtausenden vergeblich zu fixiren bemüht war, oder soll man schärfer den Wahnsinn ertönen lassen: Wacht auf! Euer bestes Können ist in Gefahr, unterdrückt zu werden.“

Was ist Religion? Welche ist gemeint? In einer Zeit, wo jeder ernste Mann sich sein eigenes Glaubensbekenntnis aufbaut! Und ist denn die Ehe noch immer, selbst in protestantischen Ländern, ein Sakrament und nicht vielmehr eine menschliche Einrichtung?

Aber auch das Eigentum soll als solches heiligen Schutz genießen. Es ist gleichgültig, wie Du es Dir erworben hast; ob Du es ergrunnt, erwarbtest, hast, das Eigentum ist heilig — jenes Eigentum, welches die Grundlage des Reichthums ist, von dem Christus predigt, es gehe eher ein Kameel durch ein Nadelöhr, als daß ein Reicher in den Himmel komme.“

Nachdem der „Kunstwart“ noch darauf hinweist, daß die Staatsanwälte mit dem erweiterten § 130 in der Hand jede freie That strafrechtlich verfolgen können, ganz gleich auf welchem Gebiete der Kunst sie auch immer erfolgt sein möchte, wendet er sich an alle Künstler, Kunsthandwerker und Kunstfreunde, gegen Einführung der neuen Gesetze gegen die Kunst zu protestiren aus allen Kräften.

Sehr wahre Worte sprach in Berlin ein bekannter Genosse in einem Vortrage über Umsturzvorlage und Gewerkschaftsbewegung. Ein Entrüstungskurm mußte gegenüber der Umsturzvorlage durch Deutschland gehen, an dessen Spitze die Gewerkschaften zu stehen hätten, da diese, gleich wie unter dem Sozialistengesetze, am meisten zu leiden hätten würden unter dem Drucke des Umsturzgesetzes. Leider aber rührten sich die Gewerkschaften nicht. Wenn diese darüber klagten, daß sie vernachlässigt würden und sich als Stiefkinder betrachteten glaubten, dann seien sie selber schuld hieran. Die Gewerkschaften würden von den Arbeitern so vernachlässigt, daß man fast wünschen könnte, die Umsturzvorlage möchte Gesetz werden, um nach Zerstückung der politischen Organisationen die Arbeiter wieder eng in den Gewerkschaften zusammenzuschweißen, damit dieselben nicht so ohne Weiteres von der Willkür weggeführt werden.

Es ist freilich sehr traurig, daß die Arbeiter die Gewerkschaftsorganisation so sehr vernachlässigen. In den Versammlungen gähnende Leere, die tüchtigsten und besten Gewerkschaftler früher Jahre sind nirgend oder selten zu sehen, die große Masse der Arbeiter glaubt über die Gewerkschaftsbewegung erhaben zu sein; durch Zugehörigkeit zu irgend einem sozialdemokratischen Verein oder gar nur in Anerkennung der sozialdemokratischen Grundsätze glauben sie ihrer Pflicht voll und ganz genügt zu haben. Wozu sich da noch um die „überlebten“ Gewerkschaften kümmern? Hoffen wir, daß diese Gleichgültigkeit und Erhabenheit sich nicht einmal fürchtbar rächen.

Eine ernste Mahnung an die Arbeiter, oder: Undank ist der Welt Lohn. Wie recht wir schon oft hatten, wenn wir sagten, der Arbeiter heiligste Pflicht ist es, sich mit ihren Genossen zu vereinigen, sich in einer gewerkschaftlichen Organisation zusammenzufinden, um der maßlosen Ausbeutung zu begegnen, wenn wir darauf hinwiesen, daß das Unternehmertum nur seinen Profit, nicht aber die Wohlfahrt seiner Arbeiter im Auge habe, daß es gar keine Rücksicht darauf nehme, ob die Arbeiter in seinem Dienste in Ehren alt und grau geworden sind, wenn sie, geschunden und ausgebeutet, ihre besten Kräfte dem Unternehmerrädel geopfert, dann wie eine ausgepreßte Zitrone auf die Straße geworfen werden, das beweist wieder recht drastisch der nachfolgende Fall, den wir auch unseren Kollegen, vornehmlich denen nicht vorerhalten wollen, die es nicht nöthig zu haben scheinen, sich mit ihren Mitarbeitern solidarisch zu erklären, weil ja sie Arbeitslosigkeit und Lohnverdrängung vermeintlich ausgeschlossen sind, da sie, weil Meisters „brave“ Arbeiter, die Plätze auf Lebenszeit inne haben, und ihnen sicher ihre treuen Dienste, wenn sie alt werden, nicht mit Undank belohnt werden dürften.

In der Knopfabrik von Lentschow & Markert in Stralau ist der Meister E. Durau, wie der „Vorwärts“ mittheilt, am

1. April d. J. entlassen worden, nachdem er seit 1867 volle 28 Jahre hindurch sich für seine Unternehmer in treuer Pflichterfüllung geopfert hat. Wesentlich der Intelligenz des nun entlassenen Meisters ist es nach Ansicht der Arbeiter zuzuschreiben, daß die Fabrikate der Firma zur Zeit nicht nur in Deutschland, sondern auch weithin im Auslande des besten Rufes genießen. Der Ruf der Firma unter der Arbeitererschaft ergießt sich zur Genüge aus der Entlassung des Meisters und der Art, wie diese vor sich ging: „Wir müssen uns einschränken“, so hieß es, „und jüngere Kräfte anschaffen, die billiger arbeiten; Ihnen ist nicht wohl, wenn Sie nicht lauter Leute um sich sehen, denen der Schimmel auf dem Kopfe wächst.“ So lautete ungefähr die Begründung, die der Entlassungsmaßregel ungehängt wurde.

Der Fall ist in der Fabrik übrigens nicht vereinzelt. Im vorigen Jahre entließ die Firma drei Arbeiter, deren Jeder über 20 Jahre bei ihr beschäftigt war, und für die nächste Zeit befürchteten die noch vorhandenen „Schimmelköpfe“, daß auch sie von dem Loos betroffen werden, das jedem alten Arbeiter nach den ehernen Gesetzen zukommt, durch die die göttliche Weltordnung sich bis zum unermesslichen Zusammenbruch noch in den trachenden Fugen hält.“

Wenn den Unternehmern auch ein Vorwurf ob ihrer Herzlosigkeit mit Recht gemacht werden kann, so trifft ein ungleich größerer doch die Arbeiter selbst. Sie haben die Pflicht, welche jeder gewissenhafte und ordnungsliebende Arbeiter zu erfüllen hat, vernachlässigt; hätten sie sich einer Organisation angeschlossen und dafür gewirkt, daß die Macht derselben den Unternehmern einen heiligen Respekt eingebläst hätte, würde dasselbe ihre Entlassung nach so langjähriger aufopfernder Thätigkeit nicht so kurzer Hand angeordnet haben. Die vorstehende Thatsache möge allen älteren Kollegen ein warnendes Exempel sein!

Daß Arbeiter noch Solidaritätsgefühl für streikende Kollegen hegen und noch so viel Ehre im Leibe haben, nicht zu Verräthern und Streikbrechern zu werden, scheint den Stützen eines Militärstaates unbegreiflich zu sein. So muthete die Militärverwaltung in Spandau 12 Arbeitern zu, bei der Firma Edel & Glienicke, Berlin, deren Arbeiter sich im Streik befinden, in Arbeit zu treten. Die Arbeiter lehnten es ab, die schimpfliche Rolle eines Streikbrechers zu übernehmen, selbst die Aussicht, pro Stunde eine Mark verdienen zu können, und jahrelang dort Arbeit zu haben, ja selbst der versprochene Schutz zu und von der Arbeitsstätte geführt zu werden, nichts konnte die Arbeiter bewegen, ihre Ehre preiszugeben. Bravo!

Zum Kapital „Sehung des Handwerks“. Die Verfertigung der Borgwirthschaft soll dazu dienen, um dem Handwerk den goldenen Boden wieder zu erobern. Im Genreegebiet läßt man Nischen zirkuliren, durch welche das Publikum sich verflüchtigt, nach Kräften dafür zu sorgen, daß erstens die Waaren im Wohnorte eingekauft, zweitens die Arbeiten im Wohnorte angefertigt werden, drittens bezeugt man durch seine Unterthänigkeit, daß man die Absicht hat, Händler und Handwerker entweder gleich oder am Ende des laufenden Quartals zu bezahlen, und viertens endlich droht man besagten kleinen Händlern und Handwerkern an, daß sie von den Lieferungen dann ausgeschlossen werden, wenn sie länger als drei Monate pumpen. — 500 Unterthänigen haben die Schlaumeier, denen die Urheber dieser Feldzüge gegen die Borgwirthschaft zufällt, schon zusammengebracht; man erwartet schon mit brennender Ungeduld den Moment, wo die Folgen sich in der Weise zeigen werden, daß die Noth des Mittelstandes wie der Schnee vor der Sonne schmilzt und daß Kleingewerbe und Kleinhandel sich zu neuer ungeahnter Blüthe erheben. Mit der Zeit wird den guten Leuten wohl klar werden, daß sie einer Seifenblase nachgejagt haben. Die Borgwirthschaft, welche im Wesen der kapitalistischen Handels- und Produktionsära begründet ist, wird nicht abgeschafft werden können, sie ist ein notwendiges Uebel und wird so lange währen, wie der Kapitalismus noch eine dominirende Stellung einnimmt.

Entbehrungslohn. Der Verein Gemischer Fabriken in Rantshausen hat im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Brutto-Uberschuß von M. 1334 283,54 erzielt. Nach Abzug von Skonto, Provisionen, Zinsen u. verbleibt ein Reingewinn von M. 818 337,66. An die Aktionäre gelangt eine Dividende von 12 pSt. zur Verteilung, nachdem zuz. M. 280 000 für Gratifikationen, Lantifikationen, Amortisation, „Wohlfahrtseinrichtungen“ u. in Abrechnung gekommen sind. Wie niedlich nehmen sich doch diesen Summen gegenüber die M. 2, 2,20 bis 3 betragenden Tagelöhne der Arbeiter aus.

Arbeiterpensionirung in Holland. Die zweite Kammer nahm eine Resolution des liberalen Arbeiter-Abgeordneten Geld an, worin die Regierung beauftragt wird, zu untersuchen, nach welchen Grundsätzen und auf welche Weise eine Pensionirung alter Arbeiter mit Staatshilfe durchzuführen sei. Nur fünf Stimmen erklärten sich gegen Staatshilfe, es dafür. Die Regierung hatte sich gegen die Resolution ausgesprochen. — An der energischen Agitation der holländischen Arbeitererschaft wird es liegen, einen Druck auf die Regierung auszuüben, daß sie ihre diesbezüglichen Schritte in etwas beschleunigterem Tempo unternimmt.

Ein neues Kartell. Die amerikanischen Spiegel-fabrikanten beschlossen, am 5. April in Pittsburg eine Vereinigung mit einem Kapital von 10 Millionen Dollars zu bilden. Daß auch diese Kartellbildung, ebenso wie alle übrigen, nicht im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse des heiligen Profits für die Kapitalisten vorgenommen wird, bedarf keiner weiteren Ermahnung. Der Sozialismus an sich kann nur wünschen, daß die Konzentration des Kapitals in immer weniger Hände sich recht bald vollzieht; je eher dieser Zeitpunkt eintritt, um so früher kann er das Erbe antreten.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Nußheim a. Donau. Welche Zustände hier in der Uhrenfabrik von Herrn Schnelzenburger existiren, mögen folgende Thatsachen zeigen: Vor Weihnachten mußten wir jeden Abend bis 10 Uhr arbeiten und glaubten auch mit Recht, mehr verdienen zu können, wie in der sonst üblichen Arbeitszeit; jedoch das Gegenteil trat ein. Jeden Sonntag wurde uns für fertig gelieferte Arbeit ohne vorherige Bekanntgabe ein Lohnverdrängung von 15—20 Prozent zu Theil, womit sich selbst diejenigen Kollegen,

welche keiner Organisation angehörten, nicht erberstanden erklärten. Wir machten sie deshalb aufmerksam auf die Nothwendigkeit der Organisation, demzufolge brachten wir eine Zahlstelle hier zu Stande und zählten jetzt 36 Mitglieder, also $\frac{1}{3}$ der sämtlichen Schreiner am Orte. Die Gründung fand statt Sonnabend, den 23. März. Diese Zahlstelle war natürlich unserem gewaltigen Prinzipal ein Dorn im Auge und kündigte er denn auch am darauffolgenden Montag drei Vorstandsmitgliedern die Arbeit, um womöglich die Zahlstelle wieder zu sprengen. Nachdem auch sämtliche Bildhauer bis auf den Zeichner am letzten Sonntag gekündigt hatten, erhielten sie ihre Lohnbücher nicht ausgehändigt, worauf sie am Montag erklärten, nicht eher weiter zu arbeiten, als bis sie ihre Lohnbücher erhalten hätten. Darauf erhielten sie durch den Werkführer ihre Bücher ausgeliefert. (Die an dieser Stelle stehenden Behauptungen haben wir gestrichen, weil es Ihnen doch wohl schwer fallen dürfte, den Beweis dafür zu erbringen. Die Red.) Zu gleicher Zeit erschien auch Herr Schnelzenburger und herrschte sie an, er betrachte dies als Arbeitsverweigerung, und forderte sie auf, sofort die Fabrik zu verlassen, worauf sich Alle entfernten, und Klage beim Schlichter einreichten, wo es aber zu keinem Resultat kam. Wir werden vielmehr auf gerichtlichem Wege unser Recht weiter verfolgen müssen. Ein Bildhauer kaufte vor Kurzem eine Uhr, die ihm dazumal zum Preise von M. 45 vom ersten Buchhalter offerirt wurde. Nach der Rückbildung steigerte sich jedoch der Preis auf M. 68, und erhielt er insolgedessen am Lohnstage sein verdientes Geld nicht. Auch wurde ihm nach der Auslieferung an der Fabrik sein Werkzeug noch zurückgehalten. Eine Preisliste wird schon gar nicht ausgehängt, so daß der Fabrikant, wie gewohnt, jeden Lohnstag nach Belieben reduzieren kann. Wir bitten die deutschen Schreiner und Bildhauer recht dringlich, den Zugang nach hier fern zu halten.

Oberrad. In der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ befand sich die Mittheilung, daß die Zahlstelle Oberrad eingehen resp. sich auflösen würde, durch die Nachlässigkeit der hiesigen Kollegen. Ueber die Falschheit und den Indifferentismus der hiesigen Kollegen werde ich später einmal berichten, für dieses Mal können wir nur Bestimmtheit sagen, daß wir, so wenig Mitglieder wir sind, die Zahlstelle nicht zu Grunde gehen lassen. Wir haben allerdings einen schweren Kampf zu bestehen, hauptsächlich mit den Indifferenten, und werden noch schwerere Kämpfe zu bestehen haben, bei alledem, daß hier Zustände herrschen, die sich die Feder sträubt niederzuschreiben. Ein kleines Häuflein sind wir nur, aber wir werden ansharren und keinen Fingerbreit vom gesetzten Ziel abweichen, um wieder auf einen grünen Zweig zu gelangen. E. Braunagel, Bevollmächtigter.

Neustadt-Magdeburg. In einer hier selbst stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung sprach Genosse Knoll aus Dessau über: „Die Lage der Holzarbeiter im Allgemeinen.“ Redner begann seinen Vortrag mit einem Rückblick auf die Holzindustrie und beleuchtete das Näheren die Gewerkschaftskongresse. Ferner, wie sich das Unternehmertum gegenständig den Boden abzugraben sich die größte Konkurrenz zu machen suchen, so daß Desjenigen Ruin, der nicht über Mittel verfüge, die Konkurrenz auszuhalten, sicher sei.“ Die Löhne, die gezahlt werden an den Arbeiter, sind für den Bedigen unzulänglich, für den Verheiratheten absolut nicht ausreichend, weil die Lohnstatistiken der Arbeiter aller Branchen zeigen, z. B. die Löhne der verheiratheten weiblichen Arbeiter in der Konfektion und Damenschneiderei, wie hauptsächlich die Gesundheit durch angelegentlich anhaltendes Arbeiten untergraben wird. Weiter kam Redner auf die Entwicklung der Maschinenteknik zu sprechen, wie die Arbeitskraft der Menschen immer mehr überflüssig wird, wie die Arbeiter in immer größeren Massen auf das Pflaster und auf die Landstraße gestoen werden und die Reservearmee stetig vergrößern. Redner erwähnt die indifferenten Kollegen zum Anschluß an den deutschen Holzarbeiterverband und zur Unterstützung der Arbeiterpreise. Redner führte nun die Kämpfe der Gewerkschaften mit den Unternehmern und den Beförden vor Augen und schloß mit dem Wunsch an die Kollegen, welche dem durch eine geschlossene Organisation etwas zu erreichen wäre, denn vereinzelt bestehend sind wir dazu verdammt, dem auf uns lastenden Druck zu erliegen. Einigkeit führt zum Sieg!

Lituben. Die Gründe, welche uns zur Verhängung der Sperre über die Lindemann'sche Werkstatt veranlaßten, sind folgende: Die Kollegen mußten nach Weihnachten 14 Tage hindurch von Morgens 6 bis Abends um 10 Uhr arbeiten und erhielten nur denselben Lohn als wenn sie von 6 bis 7 arbeiteten. Der Lohn stellt sich wie folgt: Ein tüchtiger Arbeiter erhielt M. 13; zwei anderer M. 9; ein Bierler, der beim Meister in Kost und Logis war, M. 2. Wir bitten die Kollegen nochmals dringend Zugang fernzuhalten.

Vielefeld. Wir hatten es für unsere Pflicht, die zugerechten und hiesigen Kollegen auf die Zustände bei dem Tischlermeister E. Gengerich, Dörflerstraße, hinzuweisen. Es könnte den Kollegen passiren, am Wochenlohn recht lange auf ihren Lohn warten zu müssen, da der Herr öffentlich erklärt hat, zahlungsunfähig zu sein. Die Kollegen, welche dort arbeiteten, wenigstens die in letzter Zeit, mußten die Beiträge für die Jubiläums- und Altersversicherung ganz bezahlen, ebenso wenn Jemand Mitglied der Dreifrankenkasse ist, muß er den ganzen Beitrag allein zahlen. Klagen nützt nichts, da dasselbe fruchtlos ist. Wie ein Entrinkender nach einem Strohhalm, so greift G. nach dem früheren patriarchalischen Verhältnis zurück, d. h. er hat die Gesellen wieder in Kost und Logis genommen. Der Schlafraum besteht aus einem vom früheren Holzboden abgeklebten ungenügenden Raum. Außerdem bezahlt er M. 6 bis 8 Lohn. Vohn? Nein, zahl nicht, müßte es heißen, denn er zahlt immer nur einen Theil, welcher mitunter die enorme Höhe von einer Mark erreicht, den Rest läßt er stehen. Wenn dann der Rest die Höhe von M. 30 und darüber erreicht hat, und die Gesellen ihn fordern, bringt er es fertig und weist ihnen die Thür, andernfalls er sie hinausnimmt, und zieht es vor, sich beim Gewerbegericht verklagen zu lassen, und so gelangt es ihm in den meisten Fällen, durch gutes Handeln einen Vergleich mit den Kollegen, die das Geld dann nöthig brauchen, herbeizuführen, und dann M. 10, auch manchmal noch mehr dabei zu verdienen, und so glaubt er sich noch über Wasser halten zu können. Müge sich dies doch jeder tüchtige Kollege zur Noth nehmen und das Unschöne hier am Orte unterlassen. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Scheel, Schulstraße 12, wo auch Reiseunterstützung ausbezahlt wird, und so bleibt jeder Kollege vor demartigen Verfassungen bewahrt, in denen ihm sein Lohn nicht sicher ist.

Oben. In unserer letzten Mitgliederversammlung, welche sich mit einzelnen, zum Verbandstag gestellten Anträgen beschäftigte, wurde unser Delegierter beauftragt, für die Festlegung der Vorkassbeiträge auf 30 Pkt. einzutreten.

Offenburg. Die Arbeitsverhältnisse hier am Orte sind keine rosigten, was sich ganz besonders von der Schumacher'schen Bürstenfabrik sagen läßt. Hier war es seit Jahren Mode, bloß junge Leute zu beschäftigen, welche sich je nach Willkür des Prinzipals drangsalierten, ohrfeigen und zwingen ließen, allerlei Hauswirtschaftsdienste zu verrichten.

Stettin. Die hiesige Zahlstelle beschäftigte sich in ihrer am Donnerstag, den 4. April, stattgefundenen Mitglieder-Versammlung zunächst mit dem Aufstand in Schweden und beschloß, einen Streikbeitrag pro Mitglied und Woche von 15 M an die Dauer eines Monats zu zahlen.

Schweden. Die den meisten Kollegen bekannt sein dürfte, haben es die Rührerger Bürstenmacher nach jahrelanger Agitation zu Stande gebracht, daß seit kurzer Zeit eine ortspolizeiliche Besatzung in der Fabrik der Desinfektion der Haare und Bürsten.

Regensburg. Daß auf einem Wege wie hier, wo gegen 500 Holzarbeiter beschäftigt sind, es leichter noch nicht einmal zu einer Organisation bräuheten, ist gerade kein Zeichen besonderer Intelligenz.

Altenburg, 7. April. Kollegen! Einer der größten und mit allen nur möglichen Mitteln seitens der Fabrikanten geführter Streit ist derjenige der Knopfabriker und Arbeiterinnen in Schmöllau; die Hauptbestrebung der Fabrikanten ist, die Vernichtung des Holzarbeiterverbandes.

Prinzipal keine Schuld, sondern die große Konkurrenz; man muß eben über die Zeit arbeiten, daß man durchkommt. In solchen und ähnlichen Nebenarten gefallen sich die hiesigen Holzarbeiter, welche also noch keinen Funken von Solidarität oder Klassenbewußtsein im Kopfe haben.

Gingelandt. Heute Morgen um 2 1/2 Uhr wurde ich aus dem Schlafe geweckt, weil mir ein Eilbrief zugestellt werden sollte des Inhalts, daß der Referent Kollege Kostopf aus Nürnberg zu unserer sehr gut arrangierten öffentlichen Holzarbeiterversammlung nicht komme.

Es wird Jeder zugeben müssen, daß wir jederzeit unsere Schuldigkeit gegen die Agitationskommission gethan haben. Wir haben noch nicht eine Versammlung abhalten können, und jetzt, wo eine anberaumt ist, läßt man uns in der letzten Minute im Stich.

Zur Anknüpfung an Obiges, möchte ich die Delegierten zum Verbandstage doch ersuchen, sich bei der Arbeitslosenunterstützung nicht speziell von dem Punkte leiten zu lassen, daß der Verband, wie Kollege Schmidt-Eplingen sagt, enorm zunehmen wird, das beweist ich doch sehr; die Zahlstelle Altenburg hat seit drei Winterhalbjahren dieselbe schon eingeführt, und zwar bei einer Unterstützung von M 7-10 wöchentlich, aber wir können nicht sagen, daß wir dadurch enorm zugenommen hätten.

Als die Holzarbeiter der Pfalz. Die bekannt, beßlos die am 3. März in Kaiserslautern stattgefundenen zweite Konferenz, den Sitz des pfälzischen Agitationskomitees wieder nach Ludwigshafen zu verlegen.

Als die Holzarbeiter von Rheinland und Westfalen. Laut Beschluß der Hammer Konferenz soll im Frühjahr d. J. eine Agitationstour durch Westfalen stattfinden.

Als die Holzarbeiter von Ostpreußen. Laut Beschluß der Hammer Konferenz soll im Frühjahr d. J. eine Agitationstour durch Ostpreußen stattfinden.

lich ist, eine Versammlung abzuhalten, es dem Agitations-Comité bis zum 25. April mitzutheilen, spätere Anforderungen können nicht berücksichtigt werden.

Der Referent verfügt über die Themas: 1. Die Arbeiterorganisationen und die Gesetzgebung. 2. Die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit. 3. Gibt es zu viel Menschen auf der Welt? 4. Die Bestrebungen der Innungen. 5. Revolution oder Entwicklung.

Das Agitations-Comité. S. V.: Joh. Volte. NB. Alle Geldsendungen sind zu richten an Otto Spindler, Gr. Klobbahn 27, alle Briefe an P. Burmeister, Funkenstr. 4.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Achtung, Drechsler! Sämtliche Kollegen der Saalfeldschen Tischfabrik in Helmstedt (Braunschweig) haben wegen Lohn-differenzen gekündigt. Bezug ist daher fern zu halten.

Der Verband der Tapezierer hielt seine Generalversammlung in Hamburg ab. Dem Bericht entnehmen wir Folgendes:

Der Verband hatte in den Jahren 1892 bis 1894 inkl. bis 6. März 1895 eine Gesamteinnahme von M. 11 693,84. Bei den Ausgaben befinden sich unter Anderem für die Fachzeitung M. 6613,61, für Agitation M. 1468,64 und an Reiseunterstützung M. 1157,55.

Eine lebhafteste Diskussion rief die Organisationsfrage hervor; jedoch siegte die Ansicht, daß die Zentralisation den Lokalvereinigungen vorzuziehen sei. Ein diesbezüglicher Antrag, den Verband bestehen zu lassen, wurde mit acht gegen zwei Stimmen angenommen.

Deutschlands Kupferschmiede hielten in Braunschweig ihre Generalversammlung ab. 36 Delegirte vertraten 2896 Mitglieder. Die Einnahmen des Verbandes seit dem 1. April 1892 bis 31. Dezember 1894 betragen inklusive des Kassenschatzes von M. 18000 zusammen M. 108 600.

Der Metallarbeiterverband hat im Jahre 1894 eingenommen an Beiträgen M. 181 280,20, auf Sammellisten bei Streiks 16 500,23, Reservefondsmarken 11 627,15, Delegirtenmarken 8064,45, Eintrittsgelder 7707,10 usw., insgesamt 229 444,27; die Ausgaben, bestehend u. A. aus M. 66 643,70 für Reisegeld, 31 601,87 für Streiks, 38 878,38 für das Fachorgan, 6584,83 für Agitation, 18 595,32 für Verwaltung usw., beliefen sich zusammen auf M. 218 154,06, so daß M. 11 290,21 Ueberschuß erzielt wurden.

Ein Schritt nach vorwärts. Der katholische Weberverein in Aachen hat erklärt, allerdings an dem konfessionellen Bereich festzuhalten, in allen auf Lohn, Arbeitszeit usw. bezüglichen Fragen mit ihren im „Deutschen Textilarbeiterverband“ organisierten Kollegen Hand in Hand zu gehen.

Als die Holzarbeiter von Ostpreußen. Laut Beschluß der Hammer Konferenz soll im Frühjahr d. J. eine Agitationstour durch Ostpreußen stattfinden.

Achtung, Tischler! In Bielitz-Biala (Oesterreich) haben 14 Tischler, 3 Bildhauer und 1 Drechsler die Arbeit niedergelegt, weil der Meister Zipser einem der Kollegen den Lohn für 1/2 Tage streitig machte und ihn hinauswerfen wollte. Als der Kollege sein Arbeitsbuch forderte, ist er von Zipser mit der Hundepelle geschlagen worden. Sämtliche Arbeiter protestierten gegen solch' schone und hunds-gemeine Handlungsweise und legten sofort die Arbeit nieder. Da Zipser an Orte keine Arbeiter erhalten wird, sondern auf außerhalb angewiesen ist, wird dringend gebeten, Zugang fern zu halten.

Auch in A u s s e stehen sämtliche Tischler im Streit, zum Zwecke der Verkürzung der Arbeitszeit. In T r o p p a u werden die Tischler und Drechsler noch im Laufe dieses Monats in den Streit treten, da die Meister sich nicht geneigt zeigen, den Kollegen die geringfügigen Forderungen zu bewilligen; daher ist Zugang auch nach diesen beiden Orten fernzuhalten.

Der **Uhrenarbeiterstreik** in der Schweiz erstreckt sich auf 4 Fabriken in Grenchen und eine solche in Langendorf. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 2000. Der Gemeinderath von Grenchen hat beschlossen, den Streikenden jede Woche Frs. 500 zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig hat es einen Ausschuss von 5 Mitgliedern bestimmt, der Vermittlungsversuche einleiten soll.

Der **französische Bergarbeiterkongress**, der Ende vorigen Monats in Paris stattfand, beschloß, dahin zu wirken, daß der Kammer bezüglich des Achthunderttages ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der jede Uebertretung seitens der Grubenbesitzer mit Strafe ahnden soll. Ferner wurde beschlossen, daß dieselben die Hülf- und Pensionskassen selbst zu unterhalten haben, und zwar in der Weise, daß zur Konstitutionierung des Pensionsfonds monatliche Beiträge in der Höhe von 6 pBt. des ausgezahlten Arbeitslohnes und zu den Hülf- bezw. Krankentafeln in der Höhe von 4 pBt. zu leisten sind, da die Unternehmer für diese Kosten rechtlich ebenso gut wie für die Reparaturen der Arbeitswerkzeuge oder deren Ersatz aufzukommen hätten. Die Diskussion über die Frage der Unfallversicherung schloß mit der Annahme einer Resolution, die von der Regierung verlangt, dahin zu wirken, daß das Unfallversicherungsgesetz baldigt zu Stande komme und die Interessen der Arbeiter und deren Angehörigen dabei möglichst berücksichtigt werden. Besonders wird verlangt, daß die Pension der verunglückten Arbeiter im Minimum 600 Frs. für Männer und 360 Frs. für Frauen betrage; den Wittwen eine Pension in der Höhe von 25 pBt. des Arbeitsverdienstes ihres durch einen Betriebsunfall getödteten Gatten gewährt werde, ohne daß diese aber im Minimum weniger als 360 Frs. betrage; daß die verletzten Arbeiter neben den Kosten des vollständigen Heilverfahrens die Hälfte ihres Lohnes, im Minimum aber 2 Frs. täglich erhalten und schließlich, daß der Verlust eines Auges oder eines Gliedes allein als völlige Arbeitsunfähigkeit angesehen werde.

Das Ansuchen der Regierung, den Eisenbahnarbeitern und Angestellten aus „patriotischer Pflicht“ das Streikrecht zu entziehen, beantwortet der Kongress mit einer geharnischten Resolution, worin der Vorwand der nationalen Wertbeibehaltung als eine freche Lüge und schändliche Verleumdung erklärt wird, und verspricht die Eisenbahnarbeiter in ihren Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Die Frage, ob der **G e n e r a l s t r e i k** im Prinzip anerkannt werden solle, wurde mit 77 gegen 39 Stimmen zurückgewiesen.

Gerihts-Chronik.

Was nach § 153 der Gewerbeordnung Alles als Drohung aufgefaßt werden kann, geht aus einem Urtheile gegen den Goldbleibenarbeiter Utecht in Köln hervor. Bekanntlich befanden sich die Goldbleibenarbeiter der Könnemann'schen Fabrik in Paris im Streik. Herr Könnemann, der auch zugleich Besitzer einer solchen in Köln ist, bemühte sich, im Köln Streikbrecher zu engagieren. Der obige Arbeiter war nun seitens der Streikenden gebeten worden, dafür zu sorgen, daß keine Streikbrecher nach Paris kämen. Diesen Auftrag führte er so gut es möglich war, aus. So schrieb er unter Anderem einen Brief an einen Arbeiter, der, wie ihm mitgeteilt worden war, nach Paris gehen sollte, in welchem er ihn bat, nicht dorthin zu gehen, die Pariser Kollegen würden mit Fingern auf ihn zeigen, und er solle bedenken, wie er dort empfangen würde. Auch die Frau des Arbeiters suchte er zu bewegen, ihren Mann von der Reise abzuhalten; es sei besser, wenn er nicht nach Paris gehe, es sei dabei auch Gefahr und er könne todgeschossen werden. Der Angeklagte giebt die gemachten Versicherungen und den Brief geschrieben zu haben, zu, erklärt aber, daß er den Arbeiter vor den eben. Folgen, die keiner als Streikbrecher in Paris warteten, lediglich habe warnen, aber Niemand habe drohen wollen. Der Staatsanwalt hält den Thatbestand der §§ 153 der Gewerbeordnung und 240 des Str.-G.-B. für gegeben und beantragt vier Wochen Gefängnis. Der Verteidiger beantragt Freisprechung, da in der Art der von dem Angeklagten gemachten Versicherungen keine durch Drohung vermittelte Nötigung liege, sondern nur eine Warnung; er habe nur darauf hingewiesen, daß man Dies oder Jenes in Paris thun könne. Das Gericht schließt sich der Auffassung des Staatsanwalts an. Es sei zwar richtig, daß Utecht nicht gedroht habe, selbst etwas zu thun, aber der Thatbestand des § 240 erfordere dies auch nicht; es genüge die Bedrohung mit einem Vergehen oder Verbrechen. Das aber habe der Angeklagte gethan, indem er mit der Behauptung der Verleumdung und des Todtschlags gedroht habe. Er sei daher der versuchten Nötigung schuldig und nun so schwer zu bestrafen, als es sich hier um das höchste Recht des Arbeiters, seine freie Willensmeinung handelt. Das Urtheil lautete auf vier Wochen Gefängnis. — Selbstverständlich wird gegen dies Urtheil Revision eingelegt werden. Da der Gesetzgeber nicht beabsichtigt hat, daß Warnungen als Drohungen bestraft werden sollen, muß auf Freisprechung erkannt werden.

Der **Prozeß gegen das Chemnitzer Gewerkschaftsgericht** vor dem dortigen Schöffengericht endete mit Freisprechung der Angeklagten, die sich des Vergehens gegen § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes (Zusammenschließen) schuldig gemacht haben sollten. Die „Zeitliche“ und das „freie Ermessen“ der Polizei ist mit dieser Freisprechung wieder einmal als unzulässige Einmischung in Arbeiterorganisationen aufgezeigt. Der sächsische Minister des Innern, Herr v. Meißel, dessen Rathschläge im Landtage den Eifer der Polizei anspornten, kann stolz darauf sein, daß sich die seinen Rathschlägen folgende Polizei hier und da eine gerichtliche Zurückweisung hat. Freilich,

in dem Lande, in dem die Polizei vorbildlich für zu machende Umsturzgesetze Arbeiter, sind einzelne gerichtliche Erkenntnisse zu Gunsten der Arbeiterorganisationen ohne jede besondere Bedeutung. Es ist auch keine Gefahr vorhanden, daß die Arbeiter infolge solcher günstigen Gerichtsurtheile zur Vertrauenslosigkeit der Polizei zu reich. Die Kosten des Feldzuges der Chemnitzer der Staatskasse zur Last gelegt. Was doch die Polizei dem Lande für Kosten verursacht!

Technisches.

Eine neue Bürste, vermöge welcher man Zeller, Schüsseln, Löpfe und dergleichen ohne Besorgung für die Hände selbst in dem heißesten Wasser reinigen kann, ist jetzt von Winsold & Co. erfunden worden. An der einen Seite dieses Reinigungsmittels befindet sich eine gewöhnliche Bürste und an der anderen Seite ein kleiner Wischer; dieser dient zum Anfeuchten der zu reinigenden Gegenstände und die Bürste zum Abreiben sowohl von Porzellan- und Glaswaaren, als auch von Töpfeln, Gabeln, Messern und sonstigen Hausgeräthschaften. Die Bürste und der Wischer sind an einem langen Stiel angebracht, wodurch ein Reinigen selbst bei dem heißesten Wasser ermöglicht wird.

Gummilösung zum Befestigen von Gummiringen auf Bandflagenräder. Man löst einen Theil guten Kautschuk in fünf bis sechs Theilen Schwefelkohlenstoff. Man verfährt am besten so, daß man den Kautschuk fein zerschneidet in ein verschließbares Gefäß bringt, die nötige Menge Schwefelkohlenstoff darauf gießt und dann das Glas resp. Gefäß verschließt. Die Auflösung geht schon in der Kälte vor sich und kann befördert werden durch häufiges Schütteln des Gefäßes und Umrühren der Masse. Sollte der Leim etwas zu dick ausfallen oder sollte er im Laufe der Zeit durch öfteres Öffnen des Gefäßes dickflüssiger werden, als es für die Verwendung notwendig ist, so kann leicht dadurch nachgeholfen werden, daß man etwas Schwefelkohlenstoff darübergießt und die Masse wieder untereinander mengt, wie umgekehrt ein zu dünnflüssiger Leim durch Zusatz von Kautschuk verbessert werden kann. Rascher als bei gewöhnlicher Temperatur geht die Auflösung vor sich, wenn man das Gefäß, welches den Kautschuk und Schwefelkohlenstoff enthält und das mit Kork und Blase gut verschlossen ist, einige Zeit in erwärmtes Wasser stellt, dessen Temperatur aber nicht 27° R. überschreiten darf. Der Schwefelkohlenstoff muß wasserfrei sein. Da er aber seiner Flüchtigkeit halber gewöhnlich in den Droguerien mit einer Wasserseiche überzogen wird, so muß er vorher dadurch entwässert werden, daß man Stücke geschmolzenes Chlorcalcium hineinwirft und tüchtig schüttelt und dann in ein trockenes gut und dicht verschließbares Gefäß überfüllt.

Bernstein-Nachahmungen. Die bei der Bernstein-drehscheibe entstehenden kleinen Abfallstückchen werden, nachdem sie von allen Rindern- und Schnupstheilchen auf das Sorgfältigste gereinigt sind, zunächst nach der Farbe sortirt, dann auf 160° erhitzt und unter sehr starkem Druck zusammengepreßt. Dieser gepreßte Bernstein, die sogenannte Bernsteinimitation, zeigt, wenn polirt und zu Gebrauchszwecken bezw. Kunstgegenständen verarbeitet, eine nur dem geübten Auge kenntliche, eigenthümliche Eigenschaft. Hält man das betreffende Stück nämlich gegen das Licht, so erblickt man innerhalb desselben keine völlig gleichförmige Beschaffenheit, sondern das ganze Innere ist, namentlich wenn das Stück etwas gedreht wird, mit feinen wellenförmigen Schlieren durchsetzt; das sind die Begrenzungsflächen der einzelnen Stückchen, aus denen das Stück zusammengesetzt ist. Leicht ist dagegen der gepreßte Bernstein nach D. Helms zu erkennen an seinem Verhalten gegen das polarisirte Licht. Während der natürlich polirte Ostseebornstein nur schwache Interferenz zeigt, gewöhnlich röthlichgrün und orangeblau, so zeigt der gepreßte Bernstein stets lebhaftere Interferenzfarben neben- und durcheinander. Oft sind alle Farben im Gesichtsfelde vertreten. Bei dem nicht völlig durchsichtigen Bernstein läßt sich dieses Unterscheidungszeichen weniger gut anwenden. Helms beobachtete, daß alle trüben und undurchsichtigen Bernsteinarten unter dem Mikroskop mehr oder minder feine runde, ovale oder längliche Hohlräume besitzen, welche nunmehr, je nach Größe, Lage und Dichtigkeit zur Untercheidung der Varietäten dienen. Klebs in Königsberg hat nun gefunden, daß diese Hohlräume unter dem gewaltigen Druck, der sich bis auf 3000 Atmosphären steigert und dem die Stücke bei der Kunstfabrikation ausgesetzt sind, nahezu schwinden und, unter dem Mikroskop gesehen, gedrückt, oft dendritisch gestaltet erscheinen. Nach demselben Verfasser ist der gepreßte stöhmige Bernstein ferner daran zu erkennen, daß er ein mehr wolliges Klar zeigt, bei welchem die Trübungen in parallelen Streifen übereinander, etwa wie bei den Cirrus- oder Federwolken, angeordnet sind. An den Uebergangsstellen vom Trüben zum Klaren bemerkt man bei durchfallendem Lichte die gelbrothe und bei auffallendem Lichte und dunklem Untergrunde die bläuliche Farbe, hervorgehoben durch die auferst feinen Hohlräume, viel lebhafter und regelmäßiger als beim echten Bernstein. Andere Nachahmungen des Bernsteins durch gefärbtes Glas und durch Celluloid sind leicht zu erkennen; ersteres an seiner Härte, letzteres an seinem Geruch nach Kampher. (Nach d. Zeduztr.-Bl.)

Literarisches.

Der **Sozialdemokrat**, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Weusthstraße 2). Die Nr. 14 vom 4. April hat folgenden Inhalt: Wochen-schau. — Friedrich Engels über die Weltlage. — Brunnenscheitler. — Die Behandlung der Dänen in Nord-Schleswig. — Preisgekrönter Landarbeiterpolitiker. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. Aus dem Reichstag. — Die Agrarfrage in der Belgischen Kammer. — Die Umsturzvorlage. — Ein alter Bekannter. — Gewerkschaftliches. — Todtenliste. — Literarisches. **Soziale Praxis**, Centralblatt für Sozialpolitik. Die unter diesem Titel seit dem 1. April erscheinende gemeinsame Neue Folge des „Sozialpolitischen Centralblattes“ und der „Blätter für soziale Praxis“ (Berlin, Karl Heymann's Verlag) enthalten in ihrer neuesten Nummer 23 folgende Aufsätze: Gesetzliche Regelung der Verpflegungsstationen in Preußen. Von Dr. jur. R. Quard. — Die Aufgaben der deutschen Städteverwaltungen. Von Dr. Karl Lohse. — Arbeitsamt für München. — Achtundzwanzig in einer russischen Fabrik. Von Ingenieur

C. Schollow. Außer den „Mittheilungen des Verbandes deutscher Gewerbevereine“, dessen Verbandsorgan die Zeitschrift bildet, enthält die Nummer ferner eine Reihe kleinerer Notizen, aus denen wir die folgenden hervorheben: Das Getreidehandelsmonopol in deutschen Parlamenten. Neue Pläne zur Organisation des Getreidehandels. — Aufhebung der Zwangsamortisationen in Preußen. — Statistik der Unglücksfälle in der Schweiz. — Staat und Prostitution in Hamburg. — Verbot öffentlicher Rechenschaftsberichte der Stadtverordneten in Schwarzburg-Rudolstadt. — Enquete über Maschinenführerinnen und Stenographinnen. — Soziale Kämpfe im deutschen Verzelelande. — Centralverband der Berg- und Hüttenarbeiter Oesterreichs. — Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter für Rheinland-Westfalen. — Verband deutscher Post- und Telegraphenassistenten. — Rheinisch-westfälisches Kohlenyndikat. — Wanderlager und Waarenverfeigerung in Baden. — Die Brauerei in der Schweiz. — Berufung vom Gewerbegericht. — Erste Konferenz der Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen. — Unfallversicherung und Simulation. — Einheimische und Zugezogene in der Armenbevölkerung Frankfurt a. M. — Armenpflege auf dem Lande. — Rückwirkende Kraft der Novelle zum Unterstützungswohnungs-gesetz. — Ueberfüllung der katholischen Volksschulen in Schlesien. — Reichs-gesetzliche Regelung der Zwangs-erziehung. — Gesellschaft für Verbreitung von Volksschulen.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz) Verlag ist soeben das 27. Heft des 13. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das Bismarckische Zwischen-spiel. — Einleitung zum Neubruck von Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850.“ Von Friedrich Engels. — Die Intelligenz und die Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky. — Die moderne Ehe und die Heirathsannonce. Von E. Bernstein. — Gläubige Wissenschaft. Neue Beiträge zur Begründung der Umsturzvorlage. Von Arthur Jacobi. — Literarische Rundschau. — Notizen: Ein Fortschritt in der Ausbarmachung der chemischen Energie der Kohlen. Die Statistik der Par-lamentswahlen in Italien. Ein neues Arbeitsgebiet für Frauen. — Feuilleton: Germinie Lacerteux. Von Edmond und Jules de Goncourt. Einzige autorisirte Uebersetzung von Emma Adler.

Briefkasten.

Ren-Ruppin, W. A. Betrag erhalten. **Obeslor, D. R.** Beabsichtigten Sie etwas Anderes, als die Beantwortung der Frage nach unserem Gutachten, dann müßten Sie das gesagt haben. **W. St.** Fragen Sie bei Ferd. Bendig Söhne, Berlin O, Andreasstr. 62 oder E. R. Meyer, Berlin O, Köpenickerplatz 9, an, vielleicht erhalten Sie dort Holzstehungen für Willards. **Wohann, S. W.** Leider ist dem Meister das Züchtigungsrecht gestattet, er darf dasselbe nur nicht mißbrauchen, wie in dem mitgetheilten Falle geschehen. Eine Intervention der Eltern oder Vormünder der Lehrlinge gegen die Behandlung, eventuell auf gewerbegerichtlichem Wege dürfte von besserer Wirkung sein.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. G. 8 in Hamburg.) Die örtlichen Verwaltungen werden dringend ersucht, die Arzneirechnungen für das verlossene Quartal allemal der Abrechnung beizufügen und nicht erst im nächstfolgenden Quartal zu verrechnen, wie solches von mehreren Verwaltungsstellen geschehen. Die Belege für erkrankte Mitglieder, wozu auch die Arzneirechnungen nicht Recepten gehören, müssen stets zusammen verrechnet und eingesandt werden. Die Herren Apotheker sind deshalb anzuhalten, die Rechnung gleichzeitig einzuliefern. Der Vorstand. J. K.: G. Dume.

Bekanntmachungen des Hauptassessors.

Ueberschüsse für erstes Quartal wurden noch vom 23. bis 31. März eingekandt aus: Chemnitz M. 400, Hamburg III 400, Höchst 300, Weimath 300, Weimar 300, Volkmarndorf 300, Griesau 200, Ried 200, Hübzig 200, Friedrichsfelde 150, Freiberg i. S. 140, Wolfenbüttel 120, Bahrenitz 120, Danzig 100, Werden 100, Rabenau 100, Johanneberg 100, Kleichenbach 100, Sorsbach 100, Oldenburg 100, Bitterfeld 100, Cunitzsch 100, Guben 100, Gröningen 100, Gadowfeld 100, Leipzig III 100, Sterlohn 100, Böhlowitz 80, Wildbraun 80, Pforzheim 80, Mühlburg 70, Kirchdittmolt 50, Wahren 50, Falkenordheim 50, Saalfeld 50, H. Krosenbourg 35, Alen 28,58, Hornburg 25. Summa M. 5128,58. Zuschüsse für erstes Quartal erhielten noch vom 23. bis 31. März: Alenburg M. 600, Berlin C 400, Rathenow 300, Stein 300, Göttingen 250, Järfth 500, Effen 200, München-Gladbach 200, Bonn 200, Moorbürg 200, Dypau 200, Wundenheim 200, Canstatt 200, Fritthen 200, Düsseldorf 200, Gotha 200, Fendelheim 200, Lorch 200, Wörth 160, Bahlershausen 150, Halberstadt 150, Wolfzanger 150, Dörrad 150, Wüdingen 150, Rawitzsch 150, Spanbau 150, Salf 150, Wärrig 150, Kleinhausen 120, Pöhl 120, Waggensbäum 100, Alte Reupstadt 100, Rogheim 100, Rheingönheim 100, Ulm 100, Osnabrück 100, Reumies 100, Neue Reupstadt b. R. 100, Remmingen 100, Rüneburg 100, Leipzig II 100, Hochheim 100, Höhr 100, Gelsenkirchen 100, Bredow 100, Delmenhorst 100, Gerbest 100, Reichen 100, Nieheim 100, Bruchsal 100, Ren-Jenaburg 100, Feilbroun 100, Rastberg 100, Lohau 80, Birna 80, Pöhl 80, Rudolstadt 80, Kraßadt 88, Jpan 75, Eisingen 70, Krefeld 60, Witzhausen 60, Jochenhausen 60, Großenhain 60, Kradwitz 60, Burg 50, Martinroda 50, Jellbach 50, Segeberg 50, Gumbinnen 50, Frankfurt a. O. 50, Jüterburg 60, Roda 60, Kolzig 50, Burgstädt 50, Juchsdunheim 30, Swinemünde 30. Summa M. 10153. Ueberschuss für 2. Quartal sandten bis 6. April ein: Wolf-pödt M. 159,50, Büßigana 100. Summa M. 259,50. Zuschuss für 2. Quartal erhielten bis 6. April: Rührr b. Canstatt M. 250, Reupstadt a. J. 200, Reinoldendorf 200, Hamberg 150, Hunjan 150, Jirdorf 150, Leipzig II 150, Rieja 150, Grogzschocher 100, Degerloch 100, Wittenberg 100, Bepentel 88, Baden-Baden 60, Hernalheim 50, Balbau 50. Summa M. 1948. Krankengeld (inkl. für Arzt und Arznei) von der Haupt-kasse wurde bezahlt vom 23. März bis 6. April M. 2216. L. Jacobs, Hauptassessor.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dielefeld. Unser Vereinslokal und Herberge befinden sich von jetzt ab in der „Centralhalle“ am Kesselfeld. Der Kassirer G. Scheel wohnt Schulstraße 12.

Ostertwick a. S. Die Reiseunterstützung wird vom Kassirer, Gartenstr. 41 I, Mittags von 12-1 Uhr und Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt.

Ravensburg. Bevollm. Karl Steinhart, Zimmermann, Mühlgasse 10, Kassirer Ed. Müller, Schreiner, verlängerte Schussenstraße. Reiseunterstützung kann an Werktagen Nachmittags von 12-1 und Abends von 6 bis 7 Uhr, Sonntags von 12-2 Uhr beim Kassirer in Empfang genommen werden.

Zauberhofsheim. Bevollmächtigter G. Meyer, Kassirer J. Laven, D II 77. Reiseunterstützung von 12-1 und von 7-8 Uhr. Herberge „Zum grünen Baum“.

Der Tischler Julius Fritsche, Buch. Nr. 58871, ist aus Hahnau i. Schl. abgereist und hat ein aus der Bibliothek entliehenes Buch mitgenommen. Die Verwaltungsbeamten werden ersucht, falls sich Fr. Fritsche anmelden sollte, uns sofort zu benachrichtigen.

B. Müller, Bevollm., Hahnau i. Schl., Burgstr. 3b.

Warnung.

Die Gewerkschaftsmitglieder, sowie die Parteigenossen werden hiermit gewarnt vor dem S. Ringer, Bierbrauer, welcher das Vertrauen seiner Kollegen benutzte, die ihm anvertrauten Gelder für sich zu verwenden, wodurch er den Brauerverband materiell schwer und die Partei moralisch geschädigt hat. Das Gewerkschaftsmitglied Karlstraße.

Nachruf.

Am 30. März verschied nach langem Leiden unser treuer Kollege

Peter Frencken

im Alter von 24 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Sein Andenken wird uns stets in Ehren bleiben.

Die Mitglieder der Verwaltungsjurte [K 1,40] R. Glabbech.

Nachruf.

Am 4. April verschied nach halbjährigem Krankenlager unser treuer und eifriger Kollege

Carl Tiedelmann

aus Anklam im Alter von 21 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Sein Andenken wird uns stets in Ehren bleiben. Die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes Anklam.

Gelegenheitskauf.

Offerte eines Feines leicht beschäbigtes oder leicht gekempeltes

1a. Schmirgelleinwand, weiß, A 2,- für 100 Bogen,

1a. Glaspapier, gelb, A 0,75 für 100 Bogen,

1a. Schmirgelpapier, braun und gelb, A 1,25 für 100 Bogen.

C. Wenck, Schmirgelwerk, Carlshafen.

Tischlerwerkzeuge la.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche zurzeit gefertigt werden kann, feinstes und hält auf Lager G. Finkbein, Hamburg, Niederstraße 123. Preislisten auf Wunsch zu Diensten.

Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wie allgemein bekannt, wurden die von der Erstarren Ausperrung betroffenen ca. 100 Arbeiter durch die Noth dazu gedrängt, eine

Genossenschaft für Schuhfabrikation

mit Leben zu führen, um nicht elend zu Grunde zu gehen. Um aber einen solchen Betrieb gegenüber der Konkurrenz zu erhalten, ist es notwendig, derselben mit allen technischen und mechanischen Betriebsmitteln auszustatten. Das ist mit Aufbietung aller Kräfte geschehen und hat sich die Genossenschaft eine bedeutende Last aufgelastet. Um nun die Arbeiter zu beschäftigen und das Unternehmen vorwärts zu bringen, ist ein großer Umsatz erforderlich, weshalb ich im Namen der Genossenschaft mich an alle Arbeiter und Arbeiterinnen wende, ihren Bedarf von der

Deutschen Schuhfabrik, Erfurt,

Händlerstraße

zu beziehen. Die Waare ist schön, elegant und preiswerth und kann mit jedem Fabrikat der Konkurrenz sich messen.

Filialgeschäfte befinden sich in folgenden Orten: Hannover, Eggeling, Ringstraße 7a; Hamburg, Köhler, Bergstraße 21; Bremen, Lorenz, Loventhorstraße 25; Braunschweig, Th. Rogge, Höhe 4; Elm, Willmann, Elgenstein 64; München, Dangwaller, Sendlingerstr. 15; Stangl, Tuchmacherstraße; Frankfurt a. M., Bräune, Albrechtsberg 24; Berlin, Belleallianzstraße 98/99, Rosenfelderstraße 63/64; Magdeburg, Meyer, Siegelstraße.

Gewinnen und Gewinnen unterstützt und durch Kauf der Waare nach Erfurt. Die inneren Angelegenheiten. J. K. W. Beck, Geschäftsführer.

Advertisement for Excelsior pocket watches. Includes images of watches and text: 'Und es giebt doch noch Wunder! Dieser Satzpruch trifft ganz besonders zu bei unseren neu erfundenen, bisher von keinem Fabrikate übertrifften, Echten schweizer Excelsior-Taschenuhren...'

Zwei tüchtige Korbmachergefallen auf Mattarbeit werden sofort gesucht. A. Sewewidt, Korbmacher, Watembüttel bei Braunschweig.

Tüchtiger Gefellarbeiter auf Rohmöbel nach Tarifpreisen gesucht. J. H. Rüdinger & Co., St. Fiden (Schweiz).

Ein Bürstenmachegehülfe, welcher auf Haararbeit Bescheid weiß, wird gesucht. F. Schacht, Binneberg.

Zwei Bürstenmacher finden auf Borsten und Fellen Arbeit bei H. Schulze, Zerbst, Mühlentbrücke 2.

Advertisement for a technical school: 'Fachschule für Tischler - Zeichner, Verfertiger, Meister - Neustadt i. Westf. Holzmaschinen, Elektrotechnik, Holzbohr.'

Genossen! Kauft nur den Bleistift von Jean Blos, Stein bei Nürnberg.

Verkaufe meinen erst 14 Tage im Betrieb gewesenen 6 HP Dampfmotor (System Altmann) komplett zum spottbilligen aber festen Preise von M. 1500, weil für meinen Betrieb zu schwach. G. Wiener, Dampfagewerk, Jacobsdorf, Bz. Siegnitz.

Gebrauchte Motoren aller Art kauft per Kassa Maschinen-Industrie-Komptoir, Hamburg, I. Klosterstr. 6.

Advertisement for Franz Knaup: 'Patent-Universal-Tischleröfen, Leimöfen, Leimtiegel, Trockenkammer-Heizöfen. Franz Knaup, Dresden-Striesen, Wittenbergstrasse 21.'

Dresden. Verein der Holzarbeiter. Dresden. Sonnabend, den 20. April 1895: Tanzabend und humoristische Vorträge in den vollständig neu eingerichteten Lokalitäten der „Gülden Aue“. Anfang 8 Uhr. Ende 3 Uhr. Billets à 15 M sind beim Vorstand und allen Verwaltungsmittgliedern für Mitglieder und deren Angehörige zu entnehmen. Schulkinder und Fortbildungsschüler haben laut Polizeiverfügung keinen Zutritt. Zu zahlreicher Betheiligung ladet ein Der Vorstand.

Musik! Advertisement for musical instruments.

Für nur 5 1/2 Mark versende per Stück von meinen allseitig anerkannt besten Victoria-Konzert-Organ-Harmonikas, groß und solid gebaut, mit zweifacher, schallender Orgelmusik, mit offener Mittel-Klavatur, mit Mittelstab umlegt, daher großartige Musik. 10 Tasten, 20 Doppelstimmen, 2 Klänge, 2 Register, 2 Zuhalter, 2 Doppelbälge (3 Bälge), daher großer Balg, jede Balgkastenende ist mit einem Metallbalgschoner versehen, Stimmen aus bestem Material, Distanz wundervoll. Größe 35 cm (Wirklich große Prachtinstrumente). Jedes Instrument wird fehlerfrei und genau abgestimmt aus der Fabrik versandt. Verpackungslifte kostet nichts. Porto 80 M. Selbstlernschule lege umsonst bei. Ich warne vor neckame kleiner Händler, welche vielfach Zeit und Form meiner seit Jahren veröffentlichten Inserate nachahmen. Thatsache ist es, daß man beim ältesten und größten Geschäft am besten und billigsten kauft. Achtung! Herr Göme aus Dreßohl schreibt: Gesandte Harmonika war sehr schön für den Preis, was nicht zu glauben war, hier hätte ich dieselbe nicht unter 14 Mark bekommen. Demjenigen, welcher mir beweisen kann, daß meine Firma nicht die älteste und größte dieser Art am Plage ist, koste bei mir das anderwärts angebotene Instrument zu 5 Mark und höher. Man kauft also nur bei dem ältesten und größten westdeutschen Harmonika-Exporthaus von Heinr. Suhr in Neuenrade i. W. Nur 4 1/2 Mark

Advertisement for Paul Horn, Hamburg: 'Paul Horn, Hamburg Fabrik chemischer Produkte. Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23. Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extracts sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinspolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen. Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert 1a. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889. Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechlerei-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vortrefflichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kner & Co. in Hamburg.